

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 24. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Reklametextzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 35.

## Conrad Eichler †.

Lieserschüttelt geben wir der deutschen Kollegenschaft Kenntnis von dem plötzlichen Hinscheiden unsers Freundes und Mitarbeiters Conrad Eichler. Es will uns nicht möglich dünken, daß dem so ist, wenn wir uns vergebens wärtigen, wie er vor wenigen Tagen noch die Redaktion mit einem Scherzworte verließ — und heute stehen wir unter dem niederschmetternden seelischen Eindrucke: Der treue Kamerad ist nicht mehr! „Mitten auf der Bahn gestürzt“, so wurde er im 50. Lebensjahre aus dem Kreise der „drei Männer aus der Salomonstraße“ gerissen, und stumm und kalt und starr ist das bewegliche Leben unsers allzeit frohgemuten Conrad!

Im ständigen Verkehr miteinander lebt sich das Leben so alltäglich dahin, plötzlich ein Riß, und dann erst kommt das Bewußtsein, wer uns verloren und was uns verloren gegangen ist. Liebevoll möchten wir ihm noch sagen: Conrad, Du bist uns doch stets ein guter Freund gewesen und hast mit uns Freude und Leid in schwerer Zeit getragen und hast in jeder Beziehung die Fahne der Wissenschaft hoch gehalten — es kann aber nicht mehr sein, ohne ein Wort des Abschiedes ging er von uns und niemals kehrt er wieder!

Wir haben aber nicht bloß das Recht, von uns zu reden, sondern wir müssen in erster Linie sagen, was er der Organisation gewesen ist. Vor mehr als zwanzig Jahren kam er nach Leipzig, das seine zweite Heimat werden sollte. Ausgerüstet mit den Fähigkeiten, führend in der Organisation aufzutreten, eine Natur, die energisch und rücksichtslos ihren Standpunkt zu vertreten wußte, wurde er bald in den Leipziger Gauvorstand berufen, dem er als Vorsitzender in dem Kampfsjahre 1891/92 präsiidierte und dann in der für den Verband so beklagenswerten Zeit von 1896, wo auch Eichler wie so viele andre die schwersten persönlichen Angriffe jahrelang zu erdulden hatte, bis er 1899 sein Amt als Gauvorsteher niederlegte, weil seine Gesundheit damals schon den vielfachen Anforderungen eines Gauvorstehers nicht mehr gewachsen war. Meist ein treues Mitglied des Verbandes, dessen Leben und Werden er in 32 Jahren mit durchgemacht, nahm er selbstverständlich an allem regen Anteil, was die Organisation anging, auch in jener Zeit, da er leitend nicht mehr hervortrat. Seine letzte Rede, die er in einer Leipziger Versammlung hielt, betraf das „Korrespondent“-Obligatorium.

Als im Jahr 1896 die Neuorganisation der Redaktion in Frage kam, weil der „modernte“ Geist im Widerspruch mit den Aufgaben der Organisation stand, wurde Eichler als Geschäftsführer in den „Korr.“ berufen, und er hat seinen Posten nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt. Als hervorragender, ja man kann sagen geborener Mathematiker war er uns bei allen derartigen Arbeiten ein unübertrefflicher Berater und Mitarbeiter, wie ja auch seine „Anhänge zum Tarife“ beweisen, daß er sofort den materiellen Inhalt des Tarifes in populärer Form zu erfassen wußte. Als Gehilfenvertreter hat er ebenfalls seinen Mann zu stehen gewußt, wie seine Kollegen im Tarifausschusse wissen. Auf verschiedenen Generalversammlungen des Verbandes ist Eichler stets mit eignen Gedanken hervorgetreten, und ein zwar bewußter, aber leidenschaftsloser Vertreter seiner Ideen gewesen. Sein Reisehandbuch ist in die Hände von Tausenden von Kollegen gelangt und manchem ein praktischer Wegweiser bei seiner „Reise ins Leben“ geworden. Auch an der allgemeinen Arbeiterbewegung hat Eichler sich stets rege beteiligt und nach seinem Können sich der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt. Allerdings mit dem Erfolge, daß er 1896 wegen seiner Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft nicht mehr für würdig befunden wurde, Mitglied dieser Partei sein zu können. Eichler wurde deshalb in Leipzig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und sein dagegen eingelegter Protest blieb erfolglos.

So hat Conrad Eichler überall im Leben seine Pflicht und Schuldbigkeit zu tun versucht und dabei diejenigen Erfolge und Enttäuschungen eingeheimst, die allen regsam Menschen beschieden sind.

Nun ist er heimgegangen zur letzten, zur ewigen Ruhe, und im innersten Herzen trauernd stehen wir an seiner Bahre, die uns an das Vergänglichste alles Menschlichen gemahnt, die uns lehrt, daß doch das höchste Ziel immer das bleibt: Mensch zu sein! Wir können es nicht verhindern, unsern hiedern Conrad nicht mehr um uns zu haben, der mit seinem göttlichen Humor manche trübe Stunde in das Gegenteil verkehrte und in dem jahrelangen Zusammenleben und Zusammenarbeiten ein Stück von uns selbst geworden war. Einer trauernden Familie fehlt er, noch unerwachsene Kinder weinen um den besten Vater, seine Kriegskameraden betrauern ihren treuen Mitkämpfer, die Organisation hat einen guten Mann verloren. Uns aber bleibt das Erbe, den Kampf weiter zu führen, und diese Stunde ist eine besonders feierliche, wo uns die Nichtigkeit des Lebens lehrt, daß es sich nur lohnt, um das Beste zu kämpfen, das unsern Leben Inhalt und unsrer Arbeit Segen gibt. Fahr' wohl, lieber Freund, wir vergessen Deiner nicht, bis auch uns einst das Licht in der Brust verlöscht. Ruhe aus von dem langen Kampfe Deines Lebens, der Friede sei mit Dir!

## Neutralität — Prinzipienfrage?

Der Streit um die Neutralität  
setzt sich so als wie unsere Organisa-  
tion ... „Korr.“ 46. Jhrg. Nr. 4.

Kollege Reghäuser hat sich der Arbeit unterzogen, nicht bloß die Neutralitätsfrage, sondern in der Hauptsache den Sozialismus in Zusammenhang mit den Lehren der sozialdemokratischen Partei bzw. ihres Programmes zum Gegenstand längerer Ausführungen zu machen. Ob er nun der glückliche Entdecker neuer Wege geworden ist, erlaube ich mir gleich eingangs meines Artikels zu bezweifeln. Die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität ist ja immer der Brennpunkt aufmerkamer Beobachter im wirtschaftlichen und politischen Leben gewesen und ihre Deutungsfähigkeit hat gerade jetzt einen großen Spielraum eingenommen. Tatsächlich kommt es bei Behandlung dieser Frage darauf an, welche Bedeutung ihr in Zukunft beizulegen ist; ob sie fernernhin aus tatsächlichen oder Möglichkeitsgründen als Bannerzeichen zur Gewinnung indifferenter Kollegen gelten soll, oder aber,

ob sie ausschließlich zur Lebensbedingung, zum Fortbestande der Organisation zu einer Prinzipienfrage zu gestalten ist. Was überhaupt verstehen wir unter Neutralität? Mir will es dünken, wie wenn das Wort zur Bezeichnung für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterbewegung nicht glücklich gewählt ist. Unter Neutralität verstehe ich im Grunde genommen die Nichtbeteiligung an Fragen des öffentlichen Lebens, die lediglich unter besonderen Gesichtspunkten einer Partei zum Programm oder Leitmotiv erhoben sind. Streng genommen mißte sich die ganze Tätigkeit einer neutralen Gewerkschaft lediglich mit beruflichen Angelegenheiten beschäftigen und das Bestreben besitzen, den Anteil des Arbeiters an dem Gewinn der von ihm geleisteten Arbeit nach Kräften zu steigern, während einer Trennung von Kapital und Arbeit nicht das Wort geredet werden könnte.

Über alles, was darauf hinausläuft, den Arbeitern nur einen gewissen Anteil an den von ihnen erzeugten Gütern zu sichern, kann unmöglich mit dem Endziel des Sozialismus in Einklang gebracht werden.

Wenn nun die Neutralitätsfrage des Verbandes nicht eine Möglichkeits-, sondern eine Prinzipienfrage sein soll, dann müßten wir uns mit dem Ausbau der Unterstützungszweige noch intensiver beschäftigen, und könnten wir wohl selbst die von den Prinzipalen „angebotene“ Hilfe, gemeinsame Unterstützungszweige zu schaffen, nicht von der Hand weisen ...

Schon eingangs seiner Ausführungen stoße ich auf einen Satz, wo Reghäuser schreibt: „andrerseits wieder redet man von Reghäuserischen Phantasereien, wenn die Behandlung aller wichtigen Organisationsfragen nicht im Sinne einer vorgefaßten, jeder sachlichen Belehrung unzugänglichen Meinung geschieht ...“ Mit Verlaub. Nur wenn die Behandlung aller wichtigen Organisationsfragen unter fast vollständigem Ausschluß der Mitglieder geschieht, entstehen vorgefaßte Meinungen am leichtesten, denn Einseitigkeit in der Auffassung des Zieles muß vor allen Dingen herrschen. Sie, die Mitglieder, dafür besonders zu interessieren, daß die Macht der Organisation nur dann zur höchsten Entfaltung gebracht werden kann, wenn ihr zu allen Zeiten das höchste

Interesse entgegengebracht wird, muß in dem Bestreben der Führer liegen, deren Aufgabe es ferner sein muß, darauf hinzuwirken, daß gerade die gegenwärtige herrschende Gesellschaftsklasse ihre Tagesfrage in dem Nichtaufkommenlassen einheitlicher Organisationen des Proletariats erblickt und jederzeit bereit ist, einen schweren Keil in die Arbeiterbewegung hineinzutreiben.

Ist uns doch erst letzten eine Äußerung des Herrn Kommerzienrat und Tarifamtsvorstehenden Wigenstein bekannt geworden, die für uns keineswegs vertrauenerweckend klingt und darin gipfelt, daß der beste Zustand für den Unternehmer der sei, wenn mehrere Arbeiterorganisationen zur Hand seien! Für unheilvoller hält R., die in wichtigen und ersten Momenten der Organisation außerhalb der Gewerkschaft bestehenden Einflüsse, die geeignet sind, wie die gewerkschaftlichen Arbeiten oft kurzerhand bewertet und mitunter abgetan zu werden. Leider beobachtet R. bloß die Wirkungen der außerhalb bestehenden Einflüsse, bemerkt sich aber weniger, der Ursache tiefer auf den Grund zu gehen. Meiner Meinung nach ist die Wirkung außerhalb bestehender Einflüsse ganz natürlich. Denn wenn den Mitgliedern die wichtigsten Bestimmungen getroffener Vereinbarungen vorenthalten und sie zur unweigerlichen Annahme derselben gezwungen werden, finden naturgemäß außerhalb bestehende Einflüsse leichten Nährboden. Auffallend ist zwar, daß R. nur die seiner Meinung nach giftigwangeren Einflüsse bemerkt, während die vom sozialistischen Kreisblättern bis zur linksstehenden Ordnungspresse gebrachten Zustimmungen über die Art und Weise des Zustandekommens getroffener Vereinbarungen u. dgl. eine gewisse Bemutung bei ihm hervorgerufen scheinen. Zudem sind es die Führer selbst, die den Mitgliedern die außerhalb bestehenden Einflüsse geradezu suggerieren, wie ich gleich beweisen werde, nämlich damit, daß sie rund und nett erklären, „gegen den Strom zu schwimmen“, und „das, was (in Berlin) abgeschlossen ist, wird und muß aufrecht erhalten bleiben“. Wer so leicht den Gipfel der Autokratie zu besteigen gedenkt, muß es sich auch gefallen lassen, wenn seine Arbeiten unter größtem Mißtrauen Beurteilung finden, als wenn er bestrebt wäre, mit der „Masse“ gemeinsame Arbeit zu verrichten! Die Masse ist der Fels, an dem alles scheitert, was sich ihm aufzudrängen sucht, ohne die damit verbundenen Gefahren klugerweise herüberschickt zu haben. Und so wird es auch in Zukunft bleiben. Man kann bekanntlich durch die stärksten Felsennünde Tunnel bohren, wenn die nötige Umsicht und Berechnung da ist, das hat uns die Technik bewiesen, das entscheidet auch gegenüber dem Fels der Masse die Taktik.

Mittlerweile hat Kollege R. bei seinen Betrachtungen sich mehr und mehr in den Sozialismus vertieft und führt u. a. sehr richtig aus, daß „für die gesamte Klassenbewußtheit der Arbeiterklasse der Sozialismus ein einziger, allgemeiner Begriff geworden ist, zu einem Schlachtruf gegenüber dem Kapitalismus“ und fügt dem hinzu, „die uns umhergehende Welt lehrt es den Arbeitern mit klaren Schlagworten“. Die Konsequenzen aber vermag er doch nicht daraus zu schließen, denn er schreibt weiter: „eine mit der Bewirkung des Sozialismus in Verbindung gebrachte Revolutionstheorie lehne ich rundweg ab. Mein Standpunkt entspricht mehr der ethisch-ästhetischen“ als der ökonomisch-historischen Richtung.“ So weit, so gut trotzdem; das ist schließlich Gefühlsache eines jeden einzelnen selbst. Was aber soll das heißen, wenn der sonst so mächtig hervorgehobene Wert einer Organisation auf politischem Gebiet ganz außer acht gelassen wird? Ist es denn nicht doppelte Pflicht eines jeden, bei dem nach eigenen Beobachtungen und Erfahrungen der Sozialismus zu einem Schlachtruf gegenüber dem Kapitalismus geworden ist, mit gutem Beispiele voranzugehen und nicht bloß den Schlachtruf ertönen zu lassen, sondern auch die Kämpfer zu organisieren!

Wenn andererseits die uns umgebende Welt mit Klenschlagern lehrt, daß „die Überpannungen des Wirtschaftsmarktes mit all ihren Folgen handgreiflich geworden sind“ und daher „die allgemeinen Bestrebungen der Arbeiterklasse auch in unserm Organ zum Ausdruck kommen müssen“, so verheißt ich nicht ganz recht, wie man einen Standpunkt, der mehr der ethisch-ästhetischen als der ökonomisch-historischen Richtung entspricht, vertreten kann? Was ist mit einem ethisch-ästhetischen Sozialismus, den ja schließlich selbst der mit einem angeblich wohlmeinenden Herzen für die Arbeiter ausgesetzte Reichskanzler v. Bülow für sich akzeptiert, viel anzufangen? Denn die durch die ökonomisch-historischen Entwicklungstendenzen erhärteten Tatsachen beweisen, daß das Grundübel unserer heutigen Gesellschaftsform so lange bestehen wird, so lange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kein Ende nimmt, d. h. die Vergesellschaftung der Produktion nicht Platz greift, also das Privateigentum fortbesteht. Durch die ökonomisch-historische Gesichtsauffassung sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die jeweils herrschende Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert, kein Mittel verschmäht, um die Herrschaft noch möglichst lange Zeit hinaus zu erhalten suchen. Die mannigfaltigen Mittel stehen ihr zur Verfügung, und es kann nicht abgesehen werden, daß sie selbst Revolutionen von „oben“ inszeniert oder Kriege angezettelt hat. In solchen Zeiten preist diese Gesellschaft auf Vernunft und Geseß, und scheinbar hat sie immer bisher es auch nicht für notwendig befunden, sich mit Gewissensbissen herumzuplagen. Finden wir es doch bei der jetzt in Ruf befindlichen preussischen Wahlrechtsbewegung wieder aufs neue bestätigt, daß dem Verlangen des entrechteten, zur politischen Reife gelangten Proletariats nur die nackte, aufreizende Gewalt entgegengesetzt

wird. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten v. Bülow im preussischen Landtag waren zweifellos von dem Geist besetzt, den einst ein Staatsanwalt v. Weser im Hochverratsprozeß (1854) wider den Bauernphilosophen Konrad Deubler vertrat: „Nicht eure Köpfe und eure Gedanken will der Staat, wohl aber eure Hände, eure Schultern und Beine, denn die allein sind nützlich. Arbeiten sollt ihr! Das Denken taugt nichts für euch, das besorgen schon andre Leute.“ Von diesen Gedanken ist ja die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses voll und ganz besetzt. Man stelle sich nun einmal vor, die Vertreter der „angeborenen Intelligenz und des Besitzes“ hätten den Sozialismus in allen seinen Einzelheiten erfährt, würden sie nun, da sie, mit Verhänger gesprochen, „von den Verhältnissen, in die sie versetzt wurden, abhängig sind“, denn überhaupt Lust verspüren, auf das System, das sie zu Herrschenden gemacht hat, freiwillig zu verzichten? Gewiß nicht; während die krasse Gegensatz von Millionenreichum und Massenelend sich nicht vermindern, sondern verschärfen, sollen die Ausgebeuteten es aber ruhig der Einsicht der Ausbeuter (!) überlassen, wann sie es für gut befinden, den Tag des Wölferjünglings eintreten zu lassen! Würde sich nun nicht eine Partei gegründet haben, die die Verwirklichung des Sozialismus als Endziel programmatisch vertritt, so könnten wir recht bald erleben, wofür ein Zerbröckeln von Sozialismus entstehen würde und was für Leute, die es gelegentlich einmal „gut“ mit den Arbeitern gemeint haben, würde es nicht alles geben, um mit dem Aushängegebilde „Sozialist“ den reinsten Bauernfang zu treiben! Unter solchen Umständen und unter Verächtlichung dessen, daß „wir alle von den Verhältnissen abhängig sind, in die wir versetzt wurden, daraus auch unsere wirtschaftlichen und politischen Anschauungen resultieren“, muß die Vertreterin des Sozialismus eine Partei sein, die sich auf den Klassenstandpunkt stellt.

Reyhäuser freilich beklagt es, daß „der Sozialismus im wesentlichen eine Parteifrage geworden ist, womit er gewaltsam in das Proletariat eines bestimmten Parteiprogramms gestreift wird“. Aber, Verehrtester, eine Partei, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die arbeitende Klasse aus der Knechtschaft zu befreien, sie loszulösen von den Fesseln ökonomischer und politischer Unterdrückung, kann man doch nicht so z-befähigt beiseite stellen. Sie muß doch auch ein Programm haben, wonach sie zu handeln hat und der Masse vorzeichnen kann, ob der Weg, den sie, um zum Endziel zu gelangen, beschreitet, von der Mehrheit ihrer Anhänger gebilligt wird. Die Anhänger der sozialdemokratischen Partei gerade sind es, welche sich nach Kräften bemühen, selbständig denken und urteilen zu lernen. Nur Reyhäuser verneint jeden Erfolg einer Erziehungsfrage seitens der Partei, wie die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit erlitten hat, und bündig das Prädikat einer „Reichspartei“ aus. Leider muß er sich immer wieder seiner Standesgenossen wie ein Priester in der Wüste vornehmen.

Mich mit R. in wissenschaftliche Fragen über den Sozialismus einzulassen, liegt mir nicht im Sinne, jedoch möchte ich meinen Standpunkt in bezug auf den Unterschied zwischen Kapital und Kapitalismus und der Arbeitskraft als Ware etwas eingehender präzisieren. Vor allen Dingen schließt R. daraus, weil das Kapital nicht überall die gleiche Eigenschaft besitzt, wie ein „Wanpfer die Arbeiter auszulösen“, daß zwischen Kapital und Kapitalismus unzweifelhaft ein Unterschied sein muß. So lange das Kapital die Aufgabe hat, Mehrwert zu erzeugen, wird es in unzweifelhaftem Zusammenhange mit dem Kapitalismus stehen. Die Formen allein heben den Unterschied zwischen Kapital und Kapitalismus nicht auf, und wir gelangen zu der Formel: Kapital ist ein Wertausdruck, der sich bewegt, der produziert und mit der Ware „Arbeitskraft“ in Verbindung kommt, wodurch der Mehrwert entsteht. Kurz gesagt: Kapital ist ein Mehrwert heftender Wert. Hieraus ergibt sich die Schlussfolgerung von selbst: wir nennen die heutige Wirtschaftsform eine „kapitalistische“, weil sie bezweckt, mit dem in den Produktionsprozeß hinausgeworfenen Kapital neues Kapital hinzuzugewinnen.

Des weitern ist es R. nicht verständlich, daß der Kapitalist die „Arbeitskraft als Ware“ kauft, da er sie vom selben Augenblick ab eigentümlich erwirbt und mit ihr machen kann, was er will. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Ware „Arbeitskraft“ der wichtigste Faktor im Produktionsprozeß ist. Der Kapitalist wird im eignen Interesse übernehmendes von der Ware „Arbeitskraft“ nicht verlangen, weil er sie möglichst recht lange Zeit auszubeten sucht. Andererseits kann man den Menschen mit Rohstoffen, Maschinen usw. nicht so ohne weiteres über einen Kamm scheren. Das ist natürlich.

Daß aber trotz der Tarifverträge der Kapitalist mit dem Arbeiter macht, was er will, sehen wir doch zur Evidenz durch die vielen Klagen bei den Schiedsgerichten bewiesen. Andererseits lesen wir so oft über das Schicksal altgedorder Arbeiter, die, nachdem sie jahrzehntelang dem Unternehmer ihre ganze Arbeitskraft verkauft haben, ausgepreßt wie eine Zitrone aufs Pflaster fliegen, genau so, wie eine Maschine, die ihren Zweck erfüllt hat, ins alte Eisen geworfen wird. Also der Kapitalist kauft die Arbeitskraft als Ware, weil er aus ihr höheren Profit heraus schlagen will. Außerdem unterscheiden wir das Kapital in ein konstantes und ein variables Kapital. Das konstante Kapital ist ein seßhaftes, d. h. ein Teil, der seinen Wert (Rohmaterialien, Werkzeug usw.) nicht verändert. Das variable Kapital (Arbeitskraft) ist ein veränderliches.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist aber bekanntlich auch nicht um der schönen Augen der Arbeiter willen ins Leben gerufen. Wie jedes Gesetz auf seine Wirkung gegenüber der Sozialdemokratie geprüft wird, war es auch hier der Fall. Unbeirrt dessen hat die Sozialdemokratie nicht bloß hierzu die Anregung gegeben, sondern bildete gleichzeitig die kräftigste Stütze für ihren schnelleren Ausbau. Daß es aber die Bürgerlichen samt der Regierung heute nicht so eilig damit haben, ist ja bekannt durch den Ausspruch: „Nun ist aber die Kompottschüssel voll.“ Gegenüber der riesenhaften Entwicklung der Industrie ist der heutige Arbeiterschutz absolut nicht ausreichend.

Schon bei andern Gelegenheiten macht R. besonders den Parteitheoretikern den Vorwurf, daß sie, die am meisten über Klassenkämpfe schreiben, sie am wenigsten aus eigener Erfahrung kennen, ergo ihnen jede maßgebende Beurteilung der Dinge abgeprochen werden muß. Die bürgerlichen Theoretiker freilich, wie v. Sombart u. a. aber, haben auch noch nicht einen einzigen Lohnkampf geführt und lassen sich doch nicht abhalten, zu schreiben, was das Zeug hält. Ihr Urteil allerdings in Sachen der gewerkschaftlichen Bewegung kann von R. nicht genug als kompetent hervorgehoben werden. In einer Partei wie der sozialdemokratischen, der die intelligentesten Arbeiter angehören, die aus der Praxis die Klassenkämpfe kennen, soll nicht soviel einwandfreies Material zusammenkommen, daß die Theoretiker auf Grund ihres Studiums der ökonomisch-historischen gesellschaftlichen Entwicklung nicht imstande sein sollten, dieses reichhaltige Material zu verarbeiten und logische Schlussfolgerungen daraus ziehen zu können? Entweder ist R. ein gewisser Stimmungsmacher, oder aber er hält die sozialdemokratischen Theoretiker aus Liebe zur Sache.

Reyhäuser gelangt nach seinen eignen Beobachtungen zu der Ansicht, ihm bleibt „nur noch übrig, im Hinblick auf die tatsächlichen Verhältnisse die Konsequenzen zu ziehen. . . Der Kampf der Arbeiterklasse ist somit nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer. . . Die Arbeiter haben sich in ihrer Klasse zusammenzuschließen und mittels ihrer Organisationen ihr wirtschaftliches und politisches Recht aus eigener Kraft zu erkämpfen.“

Trotz dieser konsequenten Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse kann sich R. mit den Schlussfolgerungen, daß sich aus den wirtschaftlichen Vorgängen eine Revolutionstheorie ableiten läßt, nicht einverstanden erklären. Und doch liegt diese Revolutionstheorie nicht außerhalb des Reiches der Möglichkeit. Wollen wir doch bloß in die jüngste Vergangenheit zurückblicken, und wir mühten sehen, wie um kapitalistischer Interessen halber Völker gegeneinander gehetzt worden sind. In Verbindung mit den Verwicklungen außerhalb liegender Interessensphären erwachsen dem Volke schier unerschöpfliche „Wahnschreie“, „Recht mit Recht“, „Gewalt mit Gewalt“, so hält der Weltgeschichte Lauf, wobei doch noch viel auf . . .

Soweit Reyhäuser Kritik am marxistischen Sozialismus übt, ist er zu genießen, sobald er sich aber mit der sozialdemokratischen Partei beschäftigt, da wird er direkt ungenießbar und einseitig zugleich. Denn als einseitig muß ich es bezeichnen, wenn er uns glauben machen will, die Sozialdemokratie müßte ihrem Programme gemäß von den Gewerkschaftsführern fordern, unter den Arbeitern nur Hoffnungslosigkeit, Resignation, Hungerrevolutionen usw. zu propagieren. Ich kann mir den Zwiespalt der Natur nicht enträtseln. Merkwürdig ist bloß an Reyhäuser, daß er sich mit der Sozialdemokratie hauptsächlich dann beschäftigt, wenn sie sich inmitten eines heißen Kampfes mit den herrschenden Gewalten befindet und so mehr zu tun hat, als den Maulwurfsarbeiten eines Reichshäuser große (!) Beachtung zu schenken. Wollten wir den Reichshäuserischen Idealen und Ideen unbedingt folgen, dann würden wir wohl bald am eignen Leibe erfahren müssen, wie sehr wir als Arbeiter nach Reichshäuser Praxis auf den Hund kämen. Ein Mann, der mit seiner Prophezeiung über den Wert des Organisationswertes z. B. so arg Schiffbruch gelitten hat, daß er nach kaum seinem einjährigen Bestehen schreiben muß, „daß die Verhältnisse wieder einmal stärker sind als die Menschen“, findet noch den Mut, der Klassenbewußten Sozialdemokratie auch jede Daseinsberechtigung abzuspochen und sie für eine Partei zu erklären, die seit ihrem Bestehen nicht das geringste Positive für die Arbeiter geleistet habe! Man muß seine Knüppelaktive kennen. . . Zu seiner Entschuldigung aber kann er schreiben, was er will; ein besonnenes, ein wirklicher Arbeiterführer vermag ein derartiges Gebelndes, wie R. schon zu wiederholten Malen die Probe geliefert hat, ohne daß ihm die Schamröte nicht ins Gesicht steigen würde, nicht zu vollbringen. Reyhäuser möge es sich daher gesagt sein lassen, seine fadenförmigen, oft schmutzigen Anrempelungen der sozialdemokratischen Partei werden auf die Dauer bei allen denkenden Kollegen nur einen gewissen Ekel hervorrufen. Zum Schluß will ich nur noch kurz bemerken, daß die politische, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung nicht als Selbstzweck aufgefacht werden kann, sondern nur das Mittel zum Zweck bildet, den Sozialismus zu verwirklichen. Daher ist mir als Arbeiter, der den harten Kampf ums Brot von Kindheit auf kämpft, jeder Weg, der zur Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft führt, willkommen, und solange die Sozialdemokratie die Führerin in dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse ist, wird sich kein klassenbewußter Arbeiter von den Irrungen und Wirrungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einschläfern lassen, sondern durch mög-

nicht große Erweiterung des Geschäftskreises unentwegt für die Ideen der Sozialdemokratie Propaganda treiben, denn:

Wissen ist Macht — Bildung macht frei!

Ein weiteres Eingehen auf die in 21 Artikeln gelieferte Arbeit Reghäuser wird unmöglich sein, da der Raum des „Korr.“ sonst zu sehr in Anspruch genommen werden müßte und kurz vor der Kölner Generalversammlung sicherlich noch andern Zwecken dienen soll. Dennoch vertritt ich hinsichtlich der Neutralitätsfrage der freien Gewerkschaften den Standpunkt des Reichstagsabgeordneten Guc, der unter Berücksichtigung der Entstehung der christlichen Gewerkschaften die für uns sich notwendig ergebenden Konsequenzen zieht und in der Sozialdemokratie die Vertreterin der politischen Arbeiterpartei erblickt, der anzuschließen sich jeder klassenbewußte Arbeiter sich zur Aufgabe machen sollte.

Wenn Reghäuser als verantwortlicher Redakteur den „Korr.“ nicht im Sinne der auf den deutschen Gewerkschaftskongressen und den internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart zwischen Gewerkschaft und Partei angenommenen Resolutionen redigieren will, so sollte er auch hieraus die Konsequenzen ziehen und dafür eintreten, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker den freien Gewerkschaften überhaupt nicht mehr anzugehören hat; aber so lange er den Mut dazu nicht findet, hat er die Beschließung genannter Korporationen zu respektieren, widrigenfalls er sich außerhalb derselben stellt und gefallen lassen muß, seines Postens entkleidet zu werden, denn die Quintessenz des von ihm eingenommenen Standpunktes ist die, auf alle Fälle so zu handeln, wie er allein es für gut und richtig befindet. Tatsächlich schwört Reghäuser damit eine Gefahr der Zersplitterung für die einheitlich zu gestaltende Gewerkschaftsbewegung herauf, wenn er glaubt, die auf den Kongressen der freien Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse ignorieren zu können oder für ihn als nicht bindend zu erachten.

Rixdorf. Hermann Kotte.

## Das Korrespondentobligatorium.

Den „Korrespondent“ für alle Kollegen obligatorisch einzuführen, ist ein Antrag zur Generalversammlung, der mir etwas zu weitgehend erscheint. Kollege G-g (Minden) ist in seinem Artikel in Nr. 30 des „Korr.“ allerdings anderer Meinung, verfolgt augenscheinlich aber nur das eine Ziel, nämlich die aufblühende Tätigkeit des letzteren. Nach seinem Dafürhalten können die neu gewonnenen Mitglieder nur durch den „Korr.“ zu Verbandsmitgliedern von echtem Schrot und Korn erzogen werden. Deshalb sympathisiert er auch für das Korrespondentobligatorium. Obwohl auch ich die Tätigkeit der „Korr.“-Redaktion wohl zu würdigen weiß, erscheint mir die Meinung des Mindener Kollegen doch etwas zu einseitig und das Obligatorium nicht allein geeignet, unsere Mitglieder zu brauchbaren Gewerkschaftlern heranzubilden.

Gewiß ist es ein Bedürfnis, unsere Kollegen zu brauchbaren Gewerkschaftlern zu erziehen, und es muß auch auf der Generalversammlung unbedingt etwas Bestimmtes geschaffen werden, jedoch sind hierzu im „Korr.“ schon Anregungen gemacht worden von viel weittragender Bedeutung. Ich erinnere nur an die Vorschläge des Kollegen Schäffer (Karlsruhe) betreffs Einsetzung von Agitationskommissionen.

Nicht mit Unrecht, wie Kollege G-g (Minden) glaubt, sondern mit Recht darf man anführen, daß gerade die jüngeren Kollegen den „Korr.“ nur eines flüchtigen Blickes würdigen und ihn dann beiseite legen, ohne den Sinn der gelesebenen Zeilen herausgefunden zu haben. Es kommt nun selbstverständlich darauf an, was der „Korr.“ zum Besen bietet und für was der eine oder andre Kollege Interesse hat. Den größten Teil des Inhaltes (abgesehen von einer Zeit wie die jetzige) umfassen wohl die Korrespondenzen der einzelnen Ortsvereine usw., aus denen man die wenigste Aufklärung schöpfen kann. Wohl eher sind es die Leitartikel und sonstige aus der Feder der Redaktion und vieler anderer Kollegen stammende Thematika, aus denen man für unser gewerkschaftliches Leben eine Lehre ziehen kann. Aber auch da muß ich die Frage aufwerfen: Sind diese immer rein gewerkschaftlicher Natur? Ich sage nein. Um nun aber unsere neu gewonnenen Mitglieder zu echten Gewerkschaftlern zu erziehen, ist es doch somit unbedingt erforderlich, daß ihnen auch rein gewerkschaftliche Lektüre geboten wird. Deshalb erscheint mir das Einsetzen von Agitationskommissionen weit wichtiger als das Einführen des Korrespondentobligatoriums. Ich habe selbst viele Referate aus dem Munde berühmter Führer unserer Gewerkschaft gehört, den Bericht nachher auch im „Korr.“ gelesen, jedoch niemals in dem Umfang, der auch nur in geringem Maße der Wirklichkeit Rechnung getragen hätte. Ich verkenne dabei nicht, daß der „Korr.“ nicht Raum genug bietet dazu und die Berichte so kurz wie möglich gefaßt sein müssen. Für die betreffenden Kollegen, die den Vortrag mit eignen Ohren gehört haben, ist es wohl weniger von Belang, aber auch viele andre würden die Wiedergabe im „Korr.“ mit Eifer studieren.

Ich bin deshalb fest davon überzeugt, daß ein in Versammlungen aus berühmtem Munde gesprochenes Wort eher fruchtbareren Boden findet als das auf Papier gedruckte. Wenn man in einer Versammlung anwesend ist, um dem Vortrag eines unserer Führer zu lauschen, so ist es doch wohl nicht unrichtig, wenn man behauptet, daß dort die Aufmerksamkeit eine ganz andre ist als beim Lesen des „Korr.“ Viele Kollegen werden wohl darin mit mir einer Meinung sein.

Sollen die Mitglieder auf gewerkschaftlichem Boden geschult werden, dann muß es sich der Verband auch etwas kosten lassen“, also schreibt der Kollege in Minden. Gerade auf diesen Punkt möchte ich die Grundgedanken meiner Zeilen konzentrieren.

Vor allen Dingen ist es Pflicht unsres Verbandsvorstandes, die ausgeworfenen Gelder auch nützlich anzuwenden. Fragen wir uns nun einmal, ob das bei der für das Korrespondentobligatorium ausgeworfenen Summe auch wirklich der Fall ist? Ich sage nein. Das Geld kann besser angewendet werden, und gerade durch die Einsetzung von Agitationskommissionen. Es sollen geschulte und redegewandte Mitglieder dazu ausersuchen werden, deren Aufgabe es ist, in den Ortsvereinen bzw. Mitgliedschaften durch zeitgemäße gewerkschaftliche Referate aufbauend zu wirken. Würde das die Verbandskasse auch etwas mehr belasten als das Korrespondentobligatorium, so könnten wir dann mit Recht sagen, der Verband hat es sich etwas kosten lassen, um seine Mitglieder gewerkschaftlich heranzubilden. Das wäre jedenfalls eine bessere Aufklärungsstätigkeit. Sind dann unsere Mitglieder zu brauchbaren Gewerkschaftlern herangebildet, so wird es wohl auch jeder als seine Pflicht erachten, sein Fachorgan zu lesen, und es wird den meisten dann ein leichtes sein, das zu verstehen, was ihnen der „Korr.“ zum Lesen bietet.

Ein weiterer Punkt, der mir das Korrespondentobligatorium als nicht praktisch erscheinen läßt, ist die ungeheure Arbeit, die durch den Verband entstehen würde. Zieht man in Betracht den vielen Wechsel der Kollegen, dann muß es jedem einleuchten, daß in der Zustellung an die einzelnen Kollegen Unregelmäßigkeiten zutage treten würden. Die Mitgliederzahl der Ortsvereine ist doch selten eine stabile und verteilt sich bei vielen auf mehrere Druckorte. Wie denkt sich der Mindener Kollege nun das Versenden des „Korr.“ an diese einzelnen Druckorte? Wenn die Anzahl Exemplare, die für einen Ortsverein erforderlich sind, unter einem Kreuzband versandt werden, obliegt dem Ortsvereine die Pflicht, die einzelnen Nummern den Kollegen einzuhändigen. Andernfalls müßte die Expedition den betreffenden Druckorten den „Korr.“ extra zusenden, wodurch letzterer mehr Arbeit entsteht. Jedenfalls wäre es ein Unternehmen, das nie zur Zufriedenheit der Kollegen ausfallen würde. Also ich reümiere: Das Korrespondentobligatorium für alle Kollegen ist nicht zu beschwören, dagegen möchte ich denjenigen Kollegen, die als Delegierte zur Generalversammlung gehen, die Bitte ans Herz legen, recht warm für die Einsetzung von Agitationskommissionen einzutreten.

Saarlouis (Saar). Heinrich Schuß.

## Das vollständige Korrespondentobligatorium.

Der von Hannover an die Generalversammlung gestellte Antrag: „Einführung des Obligatoriums ohne Beitragserhöhung unter Wahl einer andern Redaktion“, drückt dem Kollegen G-g (Minden) den scharfen Federtiel in die Hand. Er schießt einige gewülzte Bomben nach Hannover, die aber nicht mit Dynamit gefüllt sind, da sie hier nicht gesprengt, sondern nur einen üblen Geruch hinterlassen haben.

Der Kollege G-g versucht unsern Beschluß dadurch lächerlich zu machen, daß er den Kollegen Drewes als menschenfressendes Ungeheuer und Wurzel alles Übels hinstellt. Dem ist nicht so.

In der Versammlung ging nur die Unzufriedenheit über unsre vom Redakteur Reghäuser mit Schmutz beworfene „Arbeiterzehe“ auf. Wir Arbeiter sind durch diese systematische Verleumdungsarbeit und Glanzleistung in der Wundelung der Sozialdemokratie durch die endlose Reghäuser-Schreiberei „Gewerkschaftliche Neutralität“ an unserm Herzen verwundet.

In einer so schmachvoll rechtlosen Zeit, in welcher wir heute in Preußen leben, in einer Stunde, in der wir preußischen Sozialdemokraten die Weste des Zunftparlaments stürmen wollen, ist es geradezu ein Arbeiterverrat, wenn der Redakteur (unter dem Deckmantel des Kollegen) einer Arbeiterzeitung in niedriger, bewußter Weise die Sozialdemokratie provoziert.

Unser Beschluß ist schwer beleidigt, ehrlich denkenden Arbeiterherzen entzungen, und wir werden nicht eher ruhen, bis diese Beleidigung Sühne gefunden hat.

Hannover. H. R.

Unter dieser unersänglichen Überschrift läßt ein Kollege G-g in Minden in Nr. 30 des „Korr.“ eine Philippika vom Stapel, die nichts weiter als eine blinde Schimpferei ist gegen den Antrag des Lokalvereins Hannover, in der „Korr.“-Redaktion eine Änderung eintreten zu lassen. Neben der Mut über diesen Antrag ist es eine leider weitverbreitete Voreingenommenheit — um nicht mit derberen Worten zu dienen —, alle Anträge, die nicht nach der Milde der „alten, bewährten“ Kollegen sind, zu verdammen, ihnen Motive unterzuschleiben, die alles andre, nur nicht reell sind. Und zu dieser „Sparte“ gehört auch der Kollege G-g in Minden.

Nicht genug damit, daß er sich als Ketter der „Korr.“-Redaktion aufwirft, unternimmt er es, Kollegen persönlich herunterzureißen, mit einem Eifer, der einer bessern Sache wert wäre. Schreibt er doch:

„Man wird auch nicht fehlgehen, wenn man hinter den Worten: Der „Korr.“ diene jetzt nur noch zur Verdummung der Mitglieder, den rühmlichst be-

kannten anarchofischen Dauerredner Drewes, der durch die infamen Angriffe auf die Redaktion schon genug geleistet hat, vermutet, und man weiß dann auch, daß es weiter nichts ist als persönlicher Haß, speziell gegen unsern Kollegen Reghäuser.“

Bährlich, Kollege G-g, es wäre lohnenswert gewesen, wenn Sie sich auf Ihre Hosen gelehrt hätten und wären Hörer der Versammlung gewesen, e h e Sie in dieser Art über unsre Versammlungsbeschlüsse vom Leder ziehen. Wahr ist an diesem Geschreibsel auch nicht ein Zipfelchen über dem i; im Gegenteil hat der Kollege Drewes gegen den betreffenden Antrag in der angenommenen Fassung gesprochen.

Zweck dieser Zeilen soll nun besonders sein, die Verhältnisse zu begründen, aus denen heraus der diesbezügliche Antrag gekommen war. In der betreffenden Versammlung, die von etwa 400 Kollegen besucht war, sprachen sich nur zwei oder drei für das unbedingte Obligatorium aus, sämtliche weiteren Redner — und es war dies eine ganze Reihe — billigten sehr wohl das Obligatorium, konnten sich aber nicht dazu verstehen, unter den jetzigen Redaktionsverhältnissen daselbe zu beantragen. Es sei gerade in letzter Zeit eine Schreibweise dort eingezogen, die nur zu mißbilligen sei. Besonders habe die vom „Kollegen“ — nicht vom Redakteur — Reghäuser verfaßte „Gewerkschaftliche Neutralität“ ihr Teil dazu beigetragen, die Verwirrung in Kollegenkreisen zu verallgemeinern, oder wie das Wort in der Versammlung fiel: die Gehirne zu verkleinern. Bedenkt man ferner, daß gegenüber dieser Herunterzügerei der Sozialdemokratie durch ein modern sein wollendes Gewerkschaftsblatt immer der Neutralitätsspaß herausgestreckt wird, so muß man sich vor den Kopf fassen und sich fragen: Ja, was will denn der Redakteur — halt, der „Kollege“ Reghäuser — eigentlich? Hat er vielleicht das Privilegium gegenüber den andern Kollegen? Ich möchte mal das Antlitz Reghäusers sehen, wenn ein Kollege den „Korr.“ mit einer eben so sachlichen, aber auch eben so umfangreichen Entgegnung erziehen würde. Antworten wie im Briefkasten: „Sie haben 'nen Vogel so groß wie ein Lämmergeier“, oder „Leeres Geschwätz“ wären nichts unmögliches. Und hat der Gewerkschaftler das Recht, das Wirken der Partei für die Gewerkschaft zu kritisieren, so hat doch wohl der Parteimann dementsgegen daselbe Recht — oder nicht? Erheischt das Verbandsinteresse — auch ein jetzt so bestiebtes Monstrum —, daß die Partei als wenig fruchtbar für die Gewerkschaften hingestellt wird, dann erheischt doch daselbe Verbandsinteresse, daß die Ziele der Partei den Gewerkschaftlern klar werden, damit letztere darüber urteilen lernen und nicht, wie jetzt vielfach, auf blauen Dunst hin Artikel verbrechen, wie in derselben Nr. 30 des „Korr.“ der Kollege A. B. in Breslau. Dieser naive Mann will sogar in unserm Gewerkschaftsblatte nichts wissen von Sozialgesetzgebung, Lebensmittelverteuerungsgeß, Koalitionsrecht ufm. Er würde sonst den „Korr.“ resp. Verband als Lummelplatz politischer Leidenschaften ansehen. O sancta simplicitas! Der betreffende Kollege A. B. ist aber nach meiner festen Überzeugung ein Produkt Reghäuserscher Erziehungsmethode — und deshalb ist ihm kein Vorwurf gemacht, er kann sich ja noch bessern, was von seinem „Lehrer“ nicht mehr zu erwarten ist.

In der betreffenden Versammlung in Hannover wurde in der Debatte über den „oppositionellen“ Antrag auch noch auf die pendelnde Haltung des „Korr.“ anlässlich der Tarifbewegung hingewiesen. Auch zu der Zeit gab's eine Artikelserie, die wie die jetzige geschaffen war, verschleiend anstatt aufklärend zu wirken; ich meine „Logik und Konsequenz“. Über Tatsache ist, daß auch die letzte Tarifbewegung ihr Teil dazu beigetragen hat, unsern Antrag mit erdrückender Mehrheit anzunehmen.

Dieses alles und nicht der Einfluß „von einzelnen, die weiter nichts als persönlichen Haß propagieren“, hat den dem Mindener Kollegen in die Krone gefahrenen Antrag gezeitigt. Die Versammlung aber ist sich der Tragweite ihres Antrages bewußt und braucht sich nicht vom Kollegen Drewes schulmeistern zu lassen — aber auch von Ihnen nicht, verehrter Herr G-g!

Hannover. B. Schradet.

## Jubiläum!

Wenn etwas reformbedürftig ist, so sind es unsere Jubiläumsfeierlichkeiten.

Was es heißt, in einer Großstadt Jubiläum zu feiern, können sich die Kollegen in der Provinz gar kein Bild davon machen. In einer Großstadt ist eine solche Feier etwas Unmögliches. So hat man sich veranlaßt gesehen, die 25-jährige Mitgliedschaft zum Verbands nicht mehr als Jubiläum zu feiern, denn hierbei wurden manchmal Kollegen beschenkt (ohne Geschenk kann keiner geehrt werden), die zwar Verbandsmitglieder waren, aber was für welche, Unterstützungsstellenmitglieder! Ja, man mußte erleben, daß Kollegen, welche 1891/92 gerade keine rühmliche Rolle gespielt haben, vom Lokalverein als Geschenk für 25 Jahre treue Mitgliedschaft einen Rehmessen erhielten.

Nun werden viele sagen, wer 25 Jahre Mitglied ist, der kann geehrt und geehrt werden. Ist es denn nicht Pflicht eines jeden Buchdruckers, überhaupt jeden Arbeiters, sich zu organisieren; hat nicht jeder selbst das größte Interesse daran, sein Dasein zu verbessern? Das ist aber nur durch Beiträge entrichtet nicht möglich. Allerdings gibt es noch viele, die sich auf Kosten ihrer Mitarbeiter die Ergründungen zu Gemüte führen.

Etwas selten sind wohl die Geschäftsjubiläen, denn es ist nur ganz wenigen vergönnt, 25 Jahre auf ein

und derselben Stelle zu schaffen, hauptsächlich solchen, die für andere die Kartoffeln aus dem Feuer holen. Wer sich heute als gleichberechtigter Mensch gegenüber seinen Vorgesetzten für seine oft aufreibende Arbeit anstellt, bleibt keine 25 Jahre in einer Stellung. Diesen Kollegen, die im Gegensatz zu vielen anderen für Ordnung und tarifliche Verhältnisse eintreten, ist es nicht vergönnt, ein 25 oder gar 50-jähriges Jubiläum zu feiern, haben aber auch leider nicht das Glück, von ihren Kollegen beschenkt zu werden.

Und dieses Beschenken ist es gerade, welches mich zwingt, mit meiner Ansicht die Öffentlichkeit zu betreten. Wie kann man einen Kollegen, der das Glück hat, 25 Jahre Arbeit zu haben, noch obendrein beschenken? Wenn dies der Arbeitgeber tut, das finde ich begreiflich. Von seinen Mitarbeitern aber, die vielleicht monatelang außer Stellung waren, die ferner noch vieles nötig haben, aber nicht kaufen können, finde ich so etwas unerhört.

Kann man denn einen Jubililar damit ehren? Nein und abermals nein, ich finde sogar eine Beleidigung darin. Denn wenn ich ein Geschenk bekomme, müssen wohl die Stifter mehr besitzen, und das Gegenteil ist meistens der Fall. Es kommt sogar vor, daß Kollegen mit 20,70 Mk. Wochenlohn und dabei in fremder Stadt wohnen müssen, hohe Beiträge für Jubiläumsgeschenke und Festlichkeiten opfern müssen (allerdings sind dieselben nicht dazu verpflichtet). Das kann für den Jubililar alles sein, nur keine Ehrung, das ist eine Beleidigung schlimmster Art.

Bringt es ein Kollege durch Gesundheit dahin, einem Prinzipal 50 Jahre zu dienen, da wollen sich seine Mitarbeiter, die vielleicht nie das Fest bringen, vor lauter Ehrung umbringen. Anders aber, dem es durch frühe Invalidität oder Krankheit usw. nur vergönnt war, 20 bis 30 Jahre zu arbeiten, selbst Not leiden müssen, kümmert sich keine Hundeseule darum. Das ist die demoralisierende Wirkung des Alkohols, die uns Buchdrucker besonders harmonieunselig gemacht hat.

Hannover. H. S.

## Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

### Bericht des Reichsversicherungsamtes pro 1907.

Aus dem dem Reichstage dieser Tage zugegangenen Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes pro 1907 entnehmen wir folgendes:

#### a) Unfallversicherung.

Es bestanden im Berichtsjahre 66 gewerbliche und 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, ferner 206 Reichs- und Staatsausführungsbehörden und 329 Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung. Insgesamt waren etwa 21 Millionen Personen gegen Unfall versichert. Zur Anmeldung gelangten nach den vorläufigen Ermittlungen 663053 Unfälle, die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 144410. Die vorausgabten Entschädigungen betrugen 150769595 Mk., gegen 142436864 Mk. im Jahre 1906. Entschädigungen (Renten usw.) wurden im Jahre 1907 gezahlt oder angemessen an

- 887921 Verletzte,
  - 77807 Witwen (Witwer) Getöteter,
  - 106712 Kinder und Entel Getöteter,
  - 4125 Verwandte der aufsteigenden Linie Getöteter.
- Daneben erhielten ferner im Jahre 1907
- 15504 Ehefrauen (Gemänner),
  - 32541 Kinder und Entel und
  - 264 Verwandte der aufsteigenden Linie
- als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die geistlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahre zusammen

1124874 Personen

Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zuteil wurden. Berufungsfähige Bescheide wurden insgesamt 417957 erteilt.

Am Schlusse des Berichtsjahres bestanden 124 Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Denselben wurden 92007 Streitfragen, darunter 70957 Berufungen und 21050 Anträge, unterbreitet. Durch Urteile der Schiedsgerichte wurden erledigt 8959, durch Zurücknahme 369, durch Vergleich 309 vom Hundert. Zugunsten der Versicherten resp. deren Angehörigen entschieden die Schiedsgerichte in 18595, zugunsten der Berufsgenossenschaften dagegen in 62732 Fällen. Durch Vergleich fanden 2805, durch Anerkennung 1679, durch Zurücknahme der Berufung resp. des Antrages 3351 ihre Erledigung. Die übrigen Fälle wurden auf andere Weise usw. erledigt. Die Zahl der dem Reichsversicherungsamt unterbreiteten Rekurse blieb ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Jahre 1906. Durch Urteil wurden von den 19064 eingegangenen Rekursen seitens des Reichsversicherungsamtes erledigt 8995, durch Zurücknahme, Vergleich usw. 54 vom Hundert, die übrigen Fälle fanden auf andere Weise ihre Erledigung. Von den in der Rekursinstanz abgeänderten Urteilen wurden 19 Proz. zugunsten der Versicherten, dagegen 52,7 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften abgeändert. Die Erledigung der Berufungen usw. dauerte vor den Schiedsgerichten in der Regel zwei bis drei Monate, die Erledigung der Rekurse in der Regel fünf Monate (gegen etwa drei Monate in früheren Jahren) und mehr. Erstens haben die Versicherten resp. deren Angehörige sowohl vor den Schieds-

gerichten wie vor dem Reichsversicherungsamt im Verhältnisse zu den Berufsgenossenschaften sehr schlecht abgesehen, zweitens müssen sie gegen früher vor der höchsten Instanz, dem Reichsversicherungsamt, dann auch noch einige Monate länger wie früher auf die Erledigung der Streitfälle warten. Hier ist dringend ein beschleunigteres Verfahren zu verlangen.

#### b) Invalidenversicherung.

Nach den vierteljährlichen Nachweisungen der Versicherungsträger belief sich die Zahl der vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1907 überhaupt bewilligten Rentenansprüche auf 2053942. Davon kommen auf Invalidenrenten 1516021, auf Krankenrenten 78527, auf Altersrenten 459394. Im Jahre 1907 entfielen an bewilligten Renten auf: Invalidenrenten 112220, Krankenrenten 11529, Altersrenten 10814. Die Zahl der bewilligten Krankenrenten hat beständig zugenommen, die Zahl der bewilligten Altersrenten ist stetig zurückgegangen. In der Zahl der bewilligten Invalidenrenten ist seit 1904 ein erheblicher Rückgang eingetreten; bereits im Jahre 1905 wurden weniger Invalidenrenten wie im Jahre 1900 bewilligt. Im Jahre 1906 soll diese rückläufige Bewegung anscheinend ihren tiefsten Punkt erreicht haben. Hoffentlich haben die Renteneempfänger in Zukunft dann nicht immer mit Nachuntersuchungen und Entziehung der Rente zu rechnen. Folgende Übersicht zeigt uns den Rückgang der Invaliden- und Altersrenten sowie der Steigerung der Krankenrenten:

Jahr	Zahl der bewilligt. Renten	Inval.-renten	Krankenrenten	Altersrenten
1903	174508	152862	9216	12430
1904	162486	140092	10458	11936
1905	145421	122868	11861	10692
1906	134056	110969	12421	10666
1907	134563	112220	11529	10814

Von den Ansprüchen auf Beitragsersatzung wurden bis zum 31. Dezember 1907 anerkannt 2031069 Anträge. Die Erstattungen betrafen: 1662544 Fälle der Verheiratung, 4891 Unfälle und 363634 Todesfälle. Im Jahre 1907 fanden 188548 Erstattungen statt. Hierunter entfielen auf Fälle der Verheiratung 152470, auf Unfälle 617 und auf Todesfälle 35461.

Die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung sind im Berichtsjahre auf etwa 172 Millionen Mark zu schätzen. Die Einnahmen aus den Beiträgen belaufen sich auf etwa 178 Millionen Mark.

Von den Versicherungsanstalten und zugelassenen Stäffeneinrichtungen sind im Jahre 1907 insgesamt 381123 Bescheide erteilt worden. In Invaliden- und Altersrentensachen wurden 25923 Berufungen den Schiedsgerichten unterbreitet. Von diesen Berufungen fanden 85,0 durch Entscheidung der Schiedsgerichte, 2,4 durch Vergleich, 4,6 durch Zurücknahme, 6,0 vom Hundert durch Anerkennung ihre Erledigung. Die übrigen Fälle wurden auf andere Weise erledigt. Von den durch Urteile der Schiedsgerichte erledigten Berufungen wurden 18,7 zugunsten der Versicherten, dagegen 81,03 vom Hundert zugunsten der Versicherungsträger entschieden. Revisionen beim Reichsversicherungsamt wurden im Jahre 1907 insgesamt 5555 gegen 6290 im Vorjahre eingelegt, das ist eine Abnahme von 11,69 vom Hundert. Von den Revisionen wurden in 78,43 vom Hundert der Fälle die angefochtenen Schiedsgerichtsurteile bestätigt. Von den Urteilen der Versicherten erfolgte eine Bestätigung der angefochtenen Schiedsgerichtsurteile in 84,87, bei den Versicherungsanstalten usw. in 33,20 vom Hundert. Nachdem die Schiedsgerichte in den meistaus meisten Fällen zugunsten der Versicherten entschieden, ergibt sich nunmehr aus dem Ergebnisse der erledigten Revisionen, daß vor dem Reichsversicherungsamt die Versicherten ebenso wenig wie vor den Schiedsgerichten zu hoffen haben.

Wie in den Vorjahren hat auch im Berichtsjahre das Reichsversicherungsamt die Bezirke einzelner Versicherungsanstalten durch Beauftragte bereisen lassen, um an Ort und Stelle die Ursachen der erheblichen Schwankungen beim Zugang an Invalidenrenten zu erforchen. Derartige örtliche Erhebungen fanden im Jahre 1907 bei den Versicherungsanstalten Westfalen und Posen statt. Den Beauftragten des Reichsversicherungsamtes haben sich solche des Staatssekretärs des Innern und zeitweise auch Beauftragte des Ministers für Handel und Gewerbe, des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, angeschlossen. Das Ergebnis der bewilligten Invalidenrenten in den einzelnen Quartalen der beiden letzten Jahre ist in folgenden Zahlen ausgedrückt. Bei der Versicherungsanstalt Westfalen wurden bewilligt im

1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
1906 1118	1211	1120	1005
1907 1053	1068	983	959

  

1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
1906 987	1122	888	890
1907 873	995	707	404

Genau so wie bei den übrigen Versicherungsanstalten zeigt sich auch hier nach den vorgenommenen Nachuntersuchungen ein erheblicher Rentenrückgang.

Bezüglich der Invalidenhauspflege geht aus dem Berichte hervor, daß im Jahre 1907 2155 Personen teils in eignen, teils in gemieteten Invalidenhäusern, teils in von dritten unterhaltenen Anstalten usw. verpflegt wurden. Sine Invalidenhäuser besaßen von 31 Versicherungsanstalten erst 7. Für die Invalidenhauspflege kann ebenso wie für das Heilverfahren noch viel mehr getan werden.

### c) Rechtssprechung.

Bezüglich der entschädigungsberechtigten Personen wurde u. a. entschieden, daß Uszenden eines infolge Betriebsunfalles Verstorbenen, deren Entschädigungsanspruch ihre Bedürftigkeit zur Voraussetzung hat, trotz späterer Zuwendungen von anderer Seite noch als bedürftig anzusehen seien, sofern diese Zuwendungen nicht rechtl. erzwingbar waren. Es wurde auch für den Nachweis des Wegfalls der Bedürftigkeit das Erfordernis aufgestellt, daß es sich um Verhältnisse von einer gewissen Dauer handeln müsse, und ferner, daß es nicht genüge, wenn nur der kümmerliche Lebensunterhalt gesichert sei, daß vielmehr ein nach den Verhältnissen des Arbeitstandes auskömmlicher Lebensunterhalt gewährleistet sein müsse. Ein Arbeiter, dessen Tätigkeit durch einen vierzehnwöchigen Zustand unterbrochen war, ist nicht als während des letzten Jahres vor dem Unfall in dem Betriebe beschäftigt angesehen worden. Ferner ist für unzulässig erklärt worden, bei der Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes eines dem Verletzten gleichartigen Arbeiters für das letzte Jahr vor dem Unfälle die Bezüge mehrerer während dieses Zeitraumes in dem Betriebe nacheinander tätig gemessener Arbeiter zugrunde zu legen, von denen keiner während des ganzen letzten Jahres in dem Betriebe beschäftigt war. In zahlreichen Fällen war auch die Frage zu erörtern, ob ein späterer, nicht beim Betriebe vorgekommener Unfall ursächlich auf einen früheren, als Betriebsunfall festgestellten Unfall zurückzuführen, und deshalb mit seinen Folgen für die Bemessung der Höhe der Entschädigung zu berücksichtigen war. Bei der Invalidenversicherung war am häufigsten streitig, ob bereits Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder wieder behoben war, ebenso waren vielfach die Fälle betreffs Erlöschens der Anwartschaft zu prüfen. Bezüglich Einlegung der Revision wurde in einem Falle ausgesprochen, daß die Einlegung der Aufsertigung des Schiedsgerichtsurteils an das Reichsversicherungsamt schon eine wirksame Revisionseinlegung darstelle, ferner, daß das Schiedsgericht verpflichtet ist, ein ärztliches Gutachten, das eine wesentlich neue Tatsache enthält, und in einem von der Versicherungsanstalt nicht wahrgenommenen Verhandlungstermin abgegeben worden ist, vor dem Erlasse einer Entscheidung auch dann der Versicherungsanstalt mitzuteilen, wenn dieser bekannt war, daß den Verhandlungen des Schiedsgerichtes regelmäßig ein ärztlicher Sachverständiger beimoht.

Aus den Jahresberichten der Schiedsgerichtsvorsitzenden ist u. a. hervorzuheben, daß die Weisiger sich bewährt haben und mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung der Einzelfälle beitragen. Zu den Verhandlungsterminen waren bei einer Anzahl von Schiedsgerichten die Rentenbereiber häufiger anwesend oder vertreten als im Vorjahre; namentlich hat die Vertretung, durch die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre zugenommen. Tüchtige Weisiger und gewandte Vertreter nehmen zweifellos an einer gerechten Beurteilung der vorliegenden Streitfälle hervorragenden Anteil und das den Weisigern ausgesetzte lobende Zeugnis mag ein Ansporn für sie sein, sich immer mehr in die schwierigere Materie zu vertiefen.

Was die Vorschläge der Schiedsgerichtsvorsitzenden über Änderungen bestehender Vorschriften anbelangt, so ist entschieden gegen die Einführung einer Prozeßgebühr oder eines Kostenvorwurfses Front zu machen. Damit sollen unbegründete Berufungen und Anträge abgemehrt werden. Da den Verletzten wie Versicherten fast gar keine Ärzte zur Ausstellung von Gutachten zur Verfügung stehen, so ist denselben sowieso schon das Einlegen von Berufungen usw. erschwert, ohne daß man den zum größten Teile fast gänzlich mittellosen Klägern auch noch einen Kostenvorwurf abzutunnen braucht.

Unre Vorschläge und Forderungen dürften da eher berechtigt erscheinen. Wir verlangen, daß die Vertrauensärzte der Schiedsgerichte nicht auch noch für die Berufsgenossenschaften Gutachten ausstellen, also nicht zwei Herren gleichzeitig dienen sollen. Ferner soll die weitere Ausgestaltung der Unfallverhütungsvorschriften energig verlangt werden und endlich müßte die Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten von allen Berufsgenossenschaften gefordert werden. Nicht allein auf die Entschädigung der Unfälle usw., sondern auch auf deren Verhütung ist Gewicht zu legen.

M. Gildenberg (Halle a. S.).

## Korrespondenzen.

**Berlin.** Zum Jahresberichte der Schriftgießerparte wäre mitzuteilen, daß nach der im Oktober vorigen Jahres aufgenommenen Statistik in Deutschland 1114 Schriftgießer einschließl. Faktoren existieren; davon sind 1063 Verbandsmitglieder. Außerdem gibt es aber in den Schriftgießereien noch 54 Stempelschneider und Mechaniker, 39 Messinglinienarbeiter und 6 Nichtgelernte als Verbandsmitglieder. In den Spezialorganisationen der Schriftgießer gibt es 914 Gießer, welche sich auf die einzelnen Orte wie folgt verteilen: Berlin 268, Breslau 7, Dresden 14, Frankfurt a. M. 226, Hamburg 76, Leipzig 256 (davon 211 gelernte Gießer), München 16, Offenbach a. M. 70, Stuttgart 61. Die übrigen Gießer sind zum Teile gesetzlich verbunden, da in Sachsen die Aufnahme Minderjähriger verboten ist, die übrigen in kleineren Gießstädten verteilt, wo keine Spezialorganisationen der Gießer bestehen, in Breslau und München sind die Schriftgießer mit den Stereotypen und Galvano-plastiken organisiert. In der angegebenen Zahl der Verbandsmitglieder sind 36 Schriftgießer einbezogen, die

an der Sanfton-Monotypie beschäftigt sind, diese sind zum Teil Mitglieder der Maschinenvereine, zugleich aber auch Mitglieder der Schriftgießervereine, wenn sie in Orten arbeiten, wo solche bestehen. Die tariflichen Verhältnisse sind unverändert geblieben. Es gibt keinen einseitigen Schriftgießertarif für Deutschland, sondern die Tarife der einzelnen Städte weichen von einander ab, es liegt dies an den Besonderheiten, die jede Gießstadt in der Arbeitsmethode aufzuweisen hat. Erst im kommenden Jahre laufen verschiedene Tarife ab. Der Geschäftsgang war in Berlin und Leipzig betriebend, in Offenbach sehr flau, in Frankfurt und Dresden verschieden, einzelne Firmen hatten fortwährend Aufträge, andre nicht. In Stuttgart war der Geschäftsgang gut und in Hamburg glänzend.

**Bremchen** u. Umg. Eine Allgemeine Buchdrucker-Verammlung fand hier am 3. März statt. Kollege Grafmann (Essen) referierte über: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker als Kulturfaktor.“ Zunächst einen kurzen Überblick der Verbandsgeschichte gebend, verstand er es, seine Zuhörer in anderer Weise in die Verbandsarbeit zu vertiefen. Das Mißverständnis der vom Verbandsvorstande eingeschlagenen Taktik, der Schreibweise des „Korr.“ usw. führte Redner auf die mangelhafte Führung der Mitglieder mit dem Zentralvorstande zurück. Hier müsse noch etwas getan werden, aber auch durch das eingehende Lesen des „Korr.“ könne hier schon vieles gebessert werden. Von den Gutenbergsbündern war niemand erschienen. Eine Diskussion fand nicht statt und nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Verammlung geschlossen, jedoch beim Wiedervortrage des Gesangvereins Typographia blieben die Kollegen noch ein Stündchen beisammen. Möge sowohl der Referent als auch der Gesangverein den lebhaften Beifall, der ihnen gezollt wurde, als Dank der Verammlung betrachten.

**Stenographisches.** In unserem Gewerbe hat die Kenntnis und Handhabung der Stenographie manchen Kollegen in eine bevorzugte Stellung gebracht. Aus diesen Gründen sind in letzter Zeit vielfach Buchdrucker-Stenographenvereine ins Leben gerufen worden. Auch hier ist eine Unregung bahin ergangen, einen Unterrichtskursus zu eröffnen. Auf eine diesbezügliche Mitteilung in der letzten Monatsversammlung seitens des Vorsitzenden Warthaall meldeten sich 15 Teilnehmer. Der Unterricht, nach dem System Gabelberger, wird am Dienstag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Harmonie“, Hofkamp, eröffnet. Der monatliche Beitrag beträgt 50 Pf.; an demselben können nur Verbandskollegen teilnehmen. Der Unterricht wird vom Kollegen S. Warthaalle geleitet, welcher auch Unterrichtsleiter zweier größerer Stenographenvereine ist.

**Ge. Ernst.** Einem längst gehegten Wunsche wurde am 21. März nachgegeben, nämlich die Verammlung der „Lieberer-Verammlung“ darüber zu entscheiden, daß der Schriftsteller Julius Weinert aus Frankfurt a. M. einen Vortrag über das Thema hielt: „Wie stellt man mit einfachen Mitteln moderne Drucksachen her?“ Der Referent knüpfte an die von dem englischen Künstler William Morris ausgehenden Reformbestrebungen in der Ausstattung der Drucksachen an und bemerkte weiter, daß in den letzten Jahren an die Druckereien, die in jeder Beziehung leistungsfähig sein und bleiben wollen, große Anforderungen in Bezug auf Anschaffung von Schriften- und Einfassungsmaterial gestellt wurden, die durch den fortgesetzten Wechsel der Geschmacksrichtung in der Druckindustrie bedingt waren. So sei der Wiedermeier- und Imprestil sowie die sogenannte freie Richtung in rascher Folge durch die jetzige moderne Richtung abgelöst worden. Redner führte dann an einer Reihe selbstgefertigter Stützen für Utzibezüge und Insereate den Nachweis, daß auch kleine Druckereien, die nicht immer in der Lage sind, alle Neuheiten anzuschaffen, mit einigermaßen geschicktem Personal moderne Drucksachen herstellen können. Um den mit der Herstellung der Drucksache beabsichtigten Zweck zu erreichen, müsse auch die Art und Farbe des Papiers, die Farbenwahl des Druckes sowie eine dem Charakter der Drucksache entsprechende Schriftenwahl getroffen werden; ebenso sei auch bei Utzibezügen und Insereaten eine gute Gruppierung des Textes von hervorragender Bedeutung. Alle Mittel dienen dazu, die Anwendung von Ornamenten überflüssig zu machen, denn die vom Redner gegebenen Anregungen können in jeder Druckerei zur Anwendung kommen, weil sie unabhängig von dem vorhandenen Schriftmaterial seien. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine 1/2 stündigen, äußerst lehrreichen und leichtverständlichen Ausführungen, die wir recht vielen Kollegenvereinen empfehlen möchten.

**st. Hannover.** Am 8. März fand die außerordentliche Mitglieder-Verammlung des Lokalvereins statt. Der Bericht des Vorstandes lag den Mitgliedern zum ersten Male gedruckt vor, ebenso der Rassenbericht. Eine Diskussion wurde dazu nicht beliebt. Seitens der Revisoren wurde die musterhafte Rassenführung hervorgehoben, welche sich sowohl bei den regelmäßigen als auch bei einer außerordentlichen Revision sämtlicher Rassen ergeben hat. Auf den Jahresbericht hier näher einzugehen, erübrigt sich, da die öffentliche Interesse beanspruchenden Angelegenheiten bei der Wählerstimmung über die einzelnen Versammlungen behandelt sind. Mit rückwirkender Kraft auf das verlossene Jahr wurde die Remuneration des Vorstandes um 100 Mk. erhöht. Über die vom Gewerkschaftsamt geleistete umfangreiche und ersprießliche Arbeit wurde die Verammlung durch ein eingehendes Referat der Delegierten Hahn und Franke unterrichtet. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, den Kartellbericht in

Zukunft halbjährlich entgegenzunehmen. Ein Vortrag über die vom Kartell angefertigten und in einer umfangreichen Schrift herausgegebenen statistischen Erhebungen über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend“ wurde auf eine spätere Verammlung verschoben. Die in der Verammlung vorgenommene Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Es wurden der erste Vorsitzende, ein Schriftführer und ein Revisor neu gewählt; für die übrigen Posten wurden deren Inhaber wiedergewählt. Der Rest der Tagesordnung wurde durch die zum Gautage zu stellenden Anträge ausgefüllt, von denen einige zum Teile recht lebhafte Auseinandersetzungen zeitigten. Kurz gefaßt bezwecken dieselben das Folgende: 1. Das Gehalt des Verwalters soll rückwirkend vom 1. Januar 1907 um 200 Mk. erhöht werden. Der Antrag wurde einstimmig gefaßt. 2. Um eine gerechtere Verteilung des Gehalts zu ermöglichen, soll eine generelle Neuregelung der Remuneration stattfinden; dieselben sollen sowohl für den Gau wie auch die Bezirks- und Ortsvorstände vom Gautage beschlossen werden. 3. Der aus dem Neunhundertampfbornere Dispositionsfonds soll aufgelöst und der Gausatz zugeführt werden. 4. Die aus der Zeit der Verwaltung des Lokalvereins durch den Gauvorstand herrührenden, sich in Verwahrung des Gauvorstehers befindenden Protokolle usw. sollen dem Archiv des Lokalvereins einverleibt werden. Zwei weitere Anträge bezwecken die Änderung der §§ 22 und 30 des Statuts.

**Köln.** Zu der Rundschaunotiz in Nr. 26 des „Korr.“: „Die Flucht aus der Öffentlichkeit“ nimmt Herr J. Krämer aus Köln-Schrenfeld das Wort im „Typograph“. Nachdem er in der Einleitung die Unschuld des Quintinius Varus selber an dem Zustandekommen des famosen Einladungsstipulats und auch an dem in „Korr.“ erwähnten Flugblatte darzulegen, glaubt er den Lesern des „Typograph“ die „Krebstreife der Medaille“ zeigen zu müssen. Herr Krämer schreibt: „Wird da von Verbandsseite eine Drucker-Verammlung der Firma Th. in Köln einberufen. Es erschienen die beiden Vorsitzenden und der freigestellte Kassierer des Verbandes sowie ein halbes Duzend Unorganisierter. Auch hatten sich auf Einladung eines Bundesmitglieds zwei Gutenbergsbündler eingefunden. Nun sollte man meinen, die Verbandsgrößen in Köln hätten die Gelegenheit beim Schopfe genommen und den anwesenden Bündlern ganz gründlich den Kopf gewaschen. Aber weit gefehlt! Die Verbandsgrößen gingen dem Auge in Auge aus dem Weg und wiesen die Bündler aus dem Lokale, trotzdem dieselben mehrmals bat, sie an der Besprechung teilnehmen zu lassen. Es half alles nichts. Die Bündler mußten heraus, und es konnte nun die ungeführte Bearbeitung der Unorganisierten beginnen.“ Zu diesem Zweck, dem Zweck, was nicht das Verbandsamt, sondern die Drucker-Verammlung anberufen würde, wurde in Köln, daß den beiden Gutenbergsbündlern (weil sie nicht der betreffenden Druckerei angehörten) die Teilnahme an der Besprechung verweigert wurde; inwahr dagegen ist, daß, nachdem die Bündler aus dem Lokale gewiesen, die „ungeführte Bearbeitung“ der Unorganisierten vor sich gehen konnte. Ging nicht etwa diese „Bearbeitung“ unter der Aufsicht des Gutenbergsbündlers A. Kassierer des Ortsvereins Köln des Gutenbergsbundes, vor sich? Als Beweis für die Sachlichkeit dieser „Bearbeitung der Unorganisierten“ kann angeführt werden, daß der Bündler B. nicht ein einziges Wort zu den Ausführungen der Verbandsgrößen zu machen mußte. Anders aber handelten die Bündler, als sie mehrere Monate vor dieser Drucker-Verammlung eine Besprechung der Unorganisierten der nämlichen Druckerei abhielten und man dort sogar die Verbandsmitglieder der betreffenden Druckerei aus dem Lokale vertrieb. Wie schön nimmt sich nun das Sprichwort aus: Wer im Glashaufe sitzt usw. Auf das weitere Geschreibsel einzugehen, ist nicht nötig; nur der nachstehende Satz sei den christlichen Kollegen zur Verberigung empfohlen. Herr Krämer schreibt wörtlich: Und ich kann auch versichern, daß es pure Menschenfurcht ist, welche einen großen Teil der christlich sein wollenden Buchdrucker abhält, der innern Überzeugung von der Ewigberechtigung der christlichen Gewerkschaften einschließlich des Gutenbergsbundes (hierzu vergleiche den Anspruch des Bundesgenerals Illig vor dem Anschlusse des Bundes an die christlichen Gewerkschaften: „Das fehlte noch, daß wir uns an diese Pfaffen-gesellschaft anschließen!“) Netze (Schriften) nach außen hin Ausdruck zu geben. Wo sind denn die „christlich sein wollenden“ Buchdrucker, die sich vor den Verbandsmitgliedern fürchten, dem Gutenbergsbunde beizutreten? Was bedeutet überhaupt die Rede von christlich sein wollend? Soll damit die Qualität angedeutet werden? Da halten schon die christlichen Kollegen den Vergleich mit den Gutenbergsbündlern aus, verwahren sich vielmehr dagegen, mit den Bündlern auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Übrigens ist man in Köln mit der Entwicklung des Bundes sehr zufrieden, denn von dem Duzend Mitglieder, welches etwa vor Jahresfrist bei der Geburt des „unehelichen Gewerkschaftsfindes“ zugegen war, hat ein Drittel der „guten Sache“ längst wieder den Rücken gekehrt, und das trotz des Sekretärs selber, trotz einem halben Duzend „sachlicher“ Versammlungen, trotz den Mandaten in den katholischen Arbeitervereinen, trotz der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und trotz der Flugblattfabrik auf der Krefelderstraße.

**Krefeld.** Die am 14. März im Vereinslokale stattgefundene Monatsversammlung war von 90 Kollegen besucht. Eingangs derselben ehrte man in üblicher Weise

das Andenken der Kollegen Johannes Küsters (Krefeld) sowie des Kollegen Alois Rosenlehner (Bremen). Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die am 11. Februar stattgefundene Schiedsgerichtssetzung. An derselben nahmen auch der Prinzipalvorsitzende Otto (Krefeld) sowie der Gehilfenvertreter Grafmann (Essen) teil. Die Hauptfrage der Sitzung richtete sich gegen das Personal der „Bürgerzeitung“. Die Kollegen dieser Dittin waren bei der Kündigung des Vertrauensmannes, da in derselben eine Maßregelung erblidete wurde, vorstellig geworden. Von der Geschäftsleitung wurde bei dieser Gelegenheit die Kündigung zurückgenommen. Hierbei soll sich das Personal eines Kontraktbruchs und passiven Widerstandes schuldig gemacht haben. Jedoch wurde der Beweis hierfür nicht erbracht, und es wurde der Schiedspruch zugunsten der Gehilfen gefällt. Unter „Tarifliches“ wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Verhältnisse der Maschinenjäger im „General-Anzeiger“ geregelt seien. Weiter wurde das Überstundenwesen der Maschinenjäger in der „Bürgerzeitung“, daß seit einigen Wochen vorherrscht, scharf gerügt. Die dem Überstande sei jetzt abgeholfen, da ein Maschinenjäger engagiert sei. Als Vertreter zur Generalversammlung wurde einstimmig der Bezirksvorsitzende Erkelenz nominiert. Folgende Kandidaten wurden zum Gautage in Vorschlag gebracht: die Kollegen Erkelenz, Murmann, J. Enger, W. Grefen und Kamps. Nachdem noch einige drückliche Angelegenheiten besprochen waren, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Leipzig.** (Maschinenmeister.) In der am 6. März abgehaltenen Verammlung gab der Vorsitzende die Einladung des Dresdner Maschinenmeistervereins zum 40-jährigen Stiftungsfeste bekannt, die Kollegen zu zahlreicher Teilnahme auffordernd. Auch erwähnte er unsern geplanten Familienabend. Nach diesem erfuhr das Verfahren einiger hiesigen Großdruckfirmen, die Kollegen an Apparatmaschinen zu Nebenarbeiten heranzuziehen, eine Kritik und brachte der Vorsitzende ein Tarifschiedsgerichtsurteil vor, das zugunsten der Gehilfen sprach. Außerdem kam eine Firma nicht besonders glimpflich weg, die sich schon oft unruhig hervorgetan hat. Gegen diese schwebt zurzeit eine Maßregelungsklage. Am Schluß des Kommissionsberichtes wurde noch um schnellste Erledigung und Rückgabe der Statistiken erjudt, um deren Bearbeitung vornehmen zu können. Zum Rundschaubereit 23 der Zentralkommission hielt Kollege Ludwig ein Referat, in welchem er die Vorgänge, welche die jetzigen Mißbilligkeiten zwischen dem Verbandsvorstand und der Zentralkommission veranlaßt haben, behandelte. Ausgehend von den feinerzeitigen, Unzufriedenheit erregenden Vorantworten, führte er in chronologischer Folge die durch die vorgebrachten Ereignisse angewandene Spannung zwischen den beiden Körperschaften den Versammelten vor Augen. Er schilderte eingehend die Arbeit der Würzburger Konferenz, der es zu verdanken sei, daß die Bewegung im Interesse der Maschinenmeistervereine und der Gesamtorganisation eine einheitliche wurde und daß die dort gefaßte Resolution die bekannten Anträge der Zentralkommission auslösten, auf deren Basis dann die seitens der Sparten eingebrachten Anträge fußten. Er kam zu dem Schluß, daß auf Grund der Anträge die Generalversammlung versuchen müsse, eine Lösung der den Verband im allgemeinen und die Sparten im besonderen bewegenden Fragen herbeizuführen. Hoffentlich treten dann wieder gesunde Verhältnisse in unser Organisation ein. In der Diskussion fanden auch die verschiedenen Erklärungen eine Beleuchtung. Die des Verbandsvorstandes wurde als ein Plätschern an der Oberfläche bezeichnet, da dieselbe alles vermeide, was den Willen zum Verstecken des Kerns der Unzufriedenheit erkennen läßt. Außerdem sollte sie so eine Art Umkleekleid gegen die Sparten veranlassen. Das Resultat der Verammlung verdichtete sich in folgender Resolution: „Die am 6. März im Schloßfeller tagende Verammlung der Leipziger Drucker und Maschinenmeister kommt nach eingehender Würdigung der gesamten Vorgänge, welche der Würzburger Konferenz folgten, zu dem Resultate, daß diese in keiner Beziehung als verbandschädigend oder disziplinwidrig angesehen werden könne, sondern vielmehr von der Konferenz beherchtigt war, zur Gesundung des Verbandslebens einen bestimmten Teil beitragen zu helfen und der Bewegung zur Herbeiführung dieser Gesundung eine einheitliche Richtung innerhalb der im Verbands vereinigten Branchen zu geben.“ Der Zentralkommission sowie den Veranfassern und Teilnehmern spricht die Verammlung für ihr Wirken nach wie vor dieser Zusammenkunft ihre Zustimmung und Anerkennung aus. Nun kam Dr. med. Simon (Döllig) zu seinem Vortrage: „Geschlechtsleben — Ehe — Prostitution“, zum Worte. Der Referent behandelte in vorzüglicher Weise dieses Thema in gesundheitlich-ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung. Auch vom Arbeiterstandpunkte konnte man seinen Ausführungen fast vollständig beipflichten. Der starke Beifall an Schluß seines Referats bewies die Anerkennung für seine Aufklärungsarbeit.

**t. Mannheim.** Die bei einem gut besetzten „Hause“ fast zu eng werdenden Räume des „Prinz May“ beherbergten am 15. Februar und 11. März zwei Plenarversammlungen des Bezirksparlamentes Mannheim. Während man in der ersten Sitzung die Anträge zur Gauversammlung beriet, gelangten in der zweiten Verammlung die zurückgestellten Anträge zur Generalversammlung zur Beratung. Beide Punkte erforderten also ein ausgesprochen intensives Interesse. Man verlegte den Schwerpunkt auf die Generalversammlungsanträge, und erließen

trotz des zum Versammelt ungeeigneten Wochentages wider Erwarten zahlreiche, zahlreiche als in der Februarversammlung, die schon bis nach Mitternacht tagte. In dieser gelangte als wichtigster Antrag die Anstellung eines Gauverwalters zur Annahme, ebenso die sich hieraus zum Gantag ergebenden Änderungen der Paragraphen 6, 7, 26, 29 und 32. Als solche sind hervorzuheben der Antrag auf Erhöhung der Beiträge von drei auf fünf; ferner, daß die Wahl des Gauverwalters in besonderen Fällen durch Urabstimmung oder durch eine Bezirksvorsitzerkonferenz zu vollziehen ist. Ein Antrag will bei der Wahl der übrigen Gauvorstandsmitglieder tunlichst die Sparten berücksichtigen, ein weiterer geht auf Erhöhung der Mitgliederzahl von 40 auf 50, die einen Delegierten zu wählen haben; dann soll die sich aus den Tarifinstitutionen ergebenden Unkosten die Gantasse tragen, soweit sie nicht die Verbandskasse übernimmt. — Die Märzversammlung bewies, wie reich pflanzend der kollegiale Geist für die vorstehende Generalversammlung ist, die ja als eine der wichtigsten für uns alle „genotet“ wurde. Die zur Beratung stehenden Anträge liegen das Eisen schmieben, so lange es warm ist. Eingehend beschäftigte man sich zunächst mit den Spartenanträgen, die nicht widerspruchlos vom Versammlungsforum gutgeheißen wurden. Zur Diskussion wollte man sie gestellt haben, sonst sollte man sich aber nicht weiter auf sie festlegen. Das letztere traf nicht ein, weil sich auch die „interessierte“ Seite Gehör verschafft hatte, und so kam es, daß wenigstens die Ziffer 1 und 2 der Spartenanträge, ein Antrag Keller: „Die Zahl der Mitglieder im Verbandsvorstand ist zu erhöhen und bei der Wahl des Gesamtvorstandes ist auf die einzelnen Sparten Rücksicht zu nehmen“, die Abstimmung glücklich bestanden. Der dann folgende Antrag der Maschinenleger behufs Anbahnung von Verhandlungen zur Regelung der Infrastrukturfrage wurde einstimmig abgelehnt, das gleiche passierte auch dem Riemannschen Antrag: „Die Generalversammlung wolle das Referendum bei prinzipiellen, tariflichen und organisatorischen Fragen einführen um allen Mitgliedern das direkte Mitbestimmungsrecht zu sichern.“ Mit dem Antrag des Vorstandes: „Sämtliche durch Verbandsmitglieder entstehenden Kosten aus den Tarifinstitutionen bestreitet die Verbandskasse“, fand sich die Versammlung ebenfalls zustimmend ab, auch mit einem solchen zu § 24: „Die Wahl der Delegierten erfolgt in der Weise, daß 500 Mitglieder einen, 1000 Mitglieder zwei Delegierte entsenden. Zu § 14 ging ein Antrag durch, der mindestens eine unangesagte Kassenrevision während der Dauer einer Unterpriore in allen Gauen vorsieht. Ein anderer Antrag geht zugunsten der „freiwillig“ Ungehenden. Man befaßte sich auch sehr eingehend mit der Krankenunterstützungsfrage und kam zu dem Veto, daß bei 10 Pf. Beitragsbefreiung sehr wohl eine Erhöhung der Unterstützung auf 1,85 Mk. erfolgen könnte. Mit statistischen Material wurde die Möglichkeit einer Unterstützungserhöhung vom Kollegen Huber zuverlässig begründet und die Versammlung entschied sich seinem Antrag entsprechend. Zur Invalidenunterstützung lag der Antrag vor, bei 800 Wochenbeiträgen über die Karenzfrist die Unterstützung von 1,25 auf 1,50 Mk. zu erhöhen, ein anderer verlangte, die Karenzzeit in der dritten Staffel von 700 auf 600 Wochen herabzusetzen. Bei beiden Anträgen wurde die Möglichkeit anerkannt und ihre Annahme beschlossen. Nachdem sich der Schwarm verlaufen, um die mitternächtige Stunde, da begann die würdige Versammlungsrunde ihre Aktionsfähigkeit durch Erledigung der noch zur Tagesordnung stehenden zwei Punkte zu erproben, und der Rat der Standfesten nahm zunächst zum Antrage Kappes: „Die Delegierten zum Gantage sind durch Urabstimmung zu wählen“, Stellung. Vom Vorliegenden Käufer wurde die Superiorität des Antrages gegen die frühere Abstimmungsart bestritten, es sollte so bleiben wie bisher, dann käme ebenfalls niemand zu kurz, die Mitglieder sollten nur alle und regelmäßig in die Versammlungen kommen, dann erledige sich der Antrag von selbst. Verteidigt wurde der Antrag durch Kollegen Fuß mit dem Hinweis auf das sonst von den Mitgliedern beanspruchte demokratische Prinzip der Urabstimmung, weshalb es hier am Platze wäre, dem Antrage zuzustimmen. So machte man, nachdem noch dafür und dagegen diskutiert worden war, der zweifelhaften Lage des Antrages durch die Abstimmung ein Ende, die zugunsten des letztern ausfiel. Es folgte noch die Nominierung der Delegierten zum Gantage. Die war erledigt, als der Betzer sich auf die dritte Stunde zuneigte. Rasch weiter schreitend bewies die Uhr den „Ausfarrenden“, daß die Zeit eilt und im Getriebe des Lebens es keinen Halt gibt. Der Vorliegende Käufer schloß die Dauerflügeln mit dem Ausdruck des Dankes an die noch Unwesenden.

**B. Schwabach.** Am 14. März hielt die hiesige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung ab. Der Versammlungsbesuch war ein zufriedenstellender zu nennen (von 12 Mitgliedern durchschneidend 10). Die Mitgliedschaft beteiligte sich im vorigen Jahre vollständig an dem Johannisfeste der Nürnberg Kollegen in Weidenburg. Der Mitgliederstand beträgt 12. Ferien genießen sämtliche hiesigen Kollegen der drei Gaudereien. Die tariflichen Verhältnisse am Orte sind gut zu nennen. Die Neuwahlen ergaben keine Änderung, der Gesamtausschuß wurde wiedergewählt.

**Weser-Elbe.** Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 1. März in Geseffmünde statt. Von den auswärtigen Kollegen waren 82 erschienen, dagegen schickten sich etwa die Hälfte der Kollegen vom Vororte nicht für Bezirksmitglieder zu halten. Eingeleitet wurde die Versammlung durch drei Lieder, vorgetragen von der hiesigen „Typographia“. Das Vordenten des kürzlich ver-

storbenen allbekanntesten Kollegen Rosenlechner, des früheren Gauvorsetzers, wurde durch Vortrag des Biedes „Stumm schläft der Säger“ in pietätvoller Weise geehrt. Auch vom Vorsitzenden Drechsler wurde dem Dingsgeschiedenen ein warmer Nachruf gewidmet. Leider hat aber der Tod noch weitere Gente im letzten Jahre gehalten. Es waren die Kollegen Bornke, Kretschmann und v. Holt, die uns leider allzupfeil entzogen wurden. Das Vordenten der Verstorbenen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Aus den umfangreichen Verhandlungen sei das Wichtigste, soweit es von allgemeinem Interesse ist, mitgeteilt. Aus dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte geht hervor, daß der organisatorische Erfolg im vergangenen Jahre ein erfreulicher war, bei der schwierigen Agitationsarbeit in unsern so sehr weit verzweigten Bezirken doppelt anerkennenswert. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1907 283, denen noch etwa 28 Nichtmitgliedern und 12 Gutenberghändler gegenüberstehen. Bedauerlich ist, daß eine Anzahl kleinerer Orte die Fragebogen nicht wieder eingekandt haben. Ein Antrag auf Erhöhung der Unterstützung für Ausgesteuerte und Nichtbegünstigte um 50 Pf. wurde angenommen. Nach Erledigung einiger interner Punkte erhielt Gauvorsetzer Bachhaus das Wort zu dem Thema: „Der Organisationsvertrag und seine Begleiteerscheinungen.“ In eingehender Weise, beginnend mit dem Entstehen des Vertrages, schilderte Redner den Wert desselben für unsere Organisation. Die abschließende Aufnahme, welche der Vertrag vielerorts in vollständiger Verkennung seines Wertes gefunden, unterzog Redner einer Kritik, dabei die Vorteile für unsere Tarifgemeinschaft klar vor Augen führend. Paragraphenweise ging Redner den Vertrag durch, jedesmal die nötigen Erläuterungen gebend, um dann noch des näheren auf die Abänderung des § 4 einzugehen. Die Gründe, welche zu dieser Änderung führten, waren einleuchtend, und war es im eignen wie auch im Interesse der andern Gewerkschaften wohl richtiger, daß diese Änderung vorgenommen wurde. Wegen der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit wurde nach einigen Anfragen und Aufklärungen eine Diskussion nicht beliebt und sei dem Kollegen Bachhaus für seine Mühe auch an dieser Stelle bestens gedankt. Von den eingegangenen Anträgen wurden angenommen: Gesamtdiligatorium des „Korr.“, auch wenn eine Beitragsbefreiung dadurch nötig werden sollte. Ein Antrag auf Entfernung Reghäusers aus der Redaktion zeitigte eine lebhafteste Debatte, wurde aber abgelehnt. Betreffs der Anzugskosten wurde der Antrag zur Generalversammlung gestellt, die Bestimmung bezüglich der „freiwillig“ Ungehenden zu freigen. Des weitern wurde ein Antrag des Maschinenvereins Nordwest sowie des hiesigen Maschinenvereins angenommen, dahingehend, daß die Generalversammlung beschließen wolle: Den einzelnen Vorständen sind Vertreter der Sparten mit beratender Stimme anzuschließen; auch soll der Verbandsvorstand mit den Buchdruckerverbänden derjenigen Länder in Verbindung treten, in denen die in Berlin und Leipzig domicilierenden Segmaschinenfabriken ihr Wirkungsbereich haben, behufs Regelung der Infrastrukturfrage. Ferner wurde beschlossen, einen Antrag auf Teilung des jetzigen Bezirks Weser-Elbe in zwei Teile zur Gauversammlung zu stellen, da die Erledigung der Geschäfte und auch die Agitation sich in diesem umfangreichen Bezirke, welcher sich von Kurlhaven an der Nordsee bis hinunter nach Neustadt a. Mge. und vom ostbairischen bis an die Elbe ausdehnt, immer schwieriger gestaltet. Es folgten noch einige Punkte, die des allgemeinen Interesses entbehren, und wurde die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

## Rundschau.

**Mohrenwärfche** berichtet der „Typograph“, indem er das die verätherische Zank der Bundesleitung bloßlegende Janjonsche Schreiben abzuschwächen sucht. Wir haben in Nr. 32 Janjons gemütvollte Ratsschläge aber keineswegs aus dem Zusammenhange gerissen, denn das Schreiben besteht überhaupt nur aus zwei Sätzen, von denen wir lediglich die Eingangsworte fortließen. Es bleibt also dabei, daß Herr Janjon Ende Februar 1906 einem Mitgliede des Gutenbergbundes schrieb, es solle nur in seiner Kondition verbleiben, die Bundesleitung wüßte sowieso nicht, wie sie die Plätze der in Kündigung stehenden Verbandsmitglieder besetzen solle. Wenn wir Namen und Ort nicht nennen, so haben wir unsern guten Grund dafür. Denn in der gegen sonst sehr zähen Erwiderung von Hoffäß haben wir gewissermaßen schon die Festätigung, daß die Bundesleitung noch mehr solche Gedanken an der wahren Kollegialität und Nächstenliebe auf dem Gewissen hat. Freilich wird es nicht leicht sein, sich in dem Sündenregister zurecht zu finden. Weiter bestreitet Hoffäß, daß aus dem Janjonschen samofen Schreibweise das Bestehen eines Bundesarbeitsnachweises hervorgehe: „denn wenn ein Kollege dem andern einen Rat gibt, so ist das noch lange kein Arbeitsnachweis“. Also Herr Hoffäß. Nun, wir wollen dieser Demagogie noch mit einem andern Beweismittel die Schelle umhängen. Ende September 1905 gab der Bundesvorstand eines der bekanntesten Rundschreiben heraus, worin diese „Raterteilung“ sich aber klar und deutlich als Unterhaltung eines Arbeitsnachweises charakterisiert: „Damit unsern Ortsverwaltern Zeit und Mühe erspart wird und um eine schnellere Abwicklung des Konditionsnachweises zu ermöglichen, bitten wir auf den wöchentlich eingehenden Ausweislisten den Namen, Wufensfallsort, Straße mit Wohnungsnummer, also die genaue Adresse der sich

ohne Kondition befindenden Kollegen anzugeben, um es unser Geschäftsstelle möglich zu machen, direkt mit diesen Kollegen in Verbindung zu treten.“ Diese Anforderungen zur Begebung von Tarifwidrigkeiten deutete aber Herr Janjon mit seinem Namen nicht allein, sondern der gesamte Bundesvorstand prangt unter diesem Lokumente bündlerischer Tarifumtriebe. Herr Hoffäß wird diese Brandmale nie weggelassen können, sein Geschreibsel darüber vermag selbst in Bundeskreisen nicht zu überzeugen.

Wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten in Hannover und eines dortigen Kriminalschutzmannes stand das Verbandsmitglied Heinrich Dreibes vor dem Schöffengerichte daselbst. In Ermangelung einer an Ort und Stelle erfolgten Information geben wir nachstehend gekürzt und gemildert den Bericht über diese Verhandlung wieder, wie ihn die verschiedensten uns zugegangenen hannoverschen Zeitungen entfalteten. Die Verleumdungen wurden gefunden in einer Beschwerdeschrift, die der Angeklagte an den Polizeipräsidenten gerichtet hat. Die Anrede dieser Beschwerdeschrift lautete: „An den Polizeipräsident von Berg.“ In der Fortlassung des Prädikates „Herrn“ erblickte das Gericht eine Verleumdung. In langatmiger Weise hat der Angeklagte sich in dem inkriminierten Schreiben über zwei Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Druckschriften beschwert. Er hat dem Polizeipräsidenten darin den Vorwurf gemacht, daß er nicht das erforderliche Verständnis seiner Instruktion habe; denselben Vorwurf hat er dem Schutzmann Pfennig gegenüber erhoben, dessen amtliche Befehlsweisungen er als lässig bezeichnete. Diefem Beantun hat er ferner vorgeworfen, daß er sich der Unterschlagung oder des Diebstahls von acht Exemplaren der anarchischen Zeitung „Der Revolutionär“ und ferner der Verlesung des Briefgeheimnisses schuldig gemacht habe. Der im schwarzen Rock und weißer Weste auftretende Angeklagte verweigerte vor Gericht zunächst die Angabe seiner Personalkarte mit dem Bemerkten, er habe keine Auffassung darüber. Weiter verweigerte er jede Erklärung über die inkriminierte Beschwerdeschrift und ließ sich persönlich zur Sache nicht vernehmen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die von den Polizeibeamten wiederholt in der Wohnung des Angeklagten vorgenommenen Durchsuchungen und Beschlagnahmen in jeder Weise vorchriftsmäßig und korrekt ausgeführt worden sind. Als Kommissar Meyer in der dritten Person von Angeklagten sprach und dabei das Prädicat „Herr“ weg ließ, sprach der Angeklagte wie ein Wilder in die Höhe und verlangte von dem Zeugen mit „Herr“ tituliert zu werden. Er wurde, wie überhaupt oft, vom Vorsitzenden über seine mehr als eigenartige Anschauungen belehrt. Zum Schluß der Verhandlung hielt der Angeklagte eine Verleumdungsrede, die von großen Wiberprüchen und von einem ungläubigsten Mitgefühl und konfusen Schlüsselnungen über die Sache selbst wimmelte, wobei seine anarchische Auffassung noch gänzlich außer Betracht bleiben kann. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte strafmildern, daß der Angeklagte sich in seine Idee völlig verannt hat, und daß er vielleicht mehr unbewußt sich solche Verleumdungen erdreistet hat. Es verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung zu drei Wochen Gefängnis.

Die Grünenthal'schen Fälschungen sind immer noch nicht in ihrem vollen Umfange festgestellt worden. Die Reichsbank hat nämlich 1907 fünf nachträglich entdeckte Banknotenfälschungen Grünenthal's 344.000 Mk. vom Gewinn abgesetzt. Da 1906 für den gleichen Zweck 740.000 Mk. abgesetzt worden sind, so belaufen sich die bis jetzt ermittelten Fälschungen auf ungefähr 1.611.000 Mk. Der zuerst nur festgestellte Betrag von ungefähr 527.000 Mk. wurde gedeckt durch den bei Grünenthal beschlagnahmten Teil des gestohlenen Geldes und durch die Ertragleistung der Reichsdruckerei, diese zahlte ungefähr 260.000 Mk., und bei jenem waren noch und nach ungefähr 267.000 Mark gefunden worden. Grünenthal hat also viel mehr Banknoten zu 1000 Mk. gefälscht, als ihm seinerzeit nachgesehen werden konnte.

Die Forderung des Achtstundentages seitens der Föderation der graphischen Berufe Großbritanniens aufzustellen hat die Londoner Seegeresellschaft mit 7743 gegen 233 Stimmen beschlossen.

Ein Verband der sozialdemokratischen Presse Schwedens hat sich in Stockholm gebildet. Zehn Blätter hatten Delegierte entsandt.

Das Zeitungswesen in Persien hat seit Einführung der Konstitution im August 1906 eine angeht alle Schwierigkeiten Befriedigende Entwicklung genommen. Bis zu dem angegebenen Zeitpunkt erschienen in Persien in unregelmäßigen Zwischenräumen nur einige lithographierte Blätter mit farblosen Geschichten als Inhalt. Von Waku und Kalkutta aus wurden allerdings schon früher persische Zeitungen in das Land des Königs aller Könige eingeführt. Die in Waku erschienenen kamen aber nicht allzuoft an den Ort ihrer Bestimmung, denn die russische wie auch die persische Polizei wetteiferten in Verboten und Beschlagnahmen. Von Kalkutta mußten die Zeitungen den Weg über Bombay und Schiras nehmen, was eine Verpätung von nicht weniger als zwei Monaten bedeutete; immerhin kamen aber diese Blätter sicherer in die Hände der Leser als die von Waku aus. Seitdem nun Persien eine Verfassung hat, auf die bekanntlich der Schah denselben großen Wert legt wie der russische Zar auf sein Oktobermanifest, weshalb in beiden Ländern auch die Revolution immer neue Nahrung empfängt, erscheinen fast in jeder Woche in Teheran oder in der Provinz neue Zeitungen. freilich meistens nur Eintags-

fliegen. Ein halbes Duzend Zeitungen hat aber bereits festen Boden gefaßt. Der „Habl-ol-Maten“ in Teheran ist mit 4000 Auflage das gelesenste und inhaltlich auch vielseitigste Blatt. „Sur Esrafil“ ist ein Kampfforgan. Man reißt sich darum, wenn es erscheint, da seine Kritik auch vor dem Schah nicht halt macht. Selbstverständlich regnen die Suspendierungen auf diese Zeitung nur so herab. Das Blatt, „Nedaje Vatan“ wird vornehmlich seiner illustrierten Beilage wegen gelesen. Die Zeichnungen sollen jedoch sehr schlecht sein. Ein andres Tageblatt dient hauptsächlich wirtschaftlichen Interessen, wieder ein andres trägt bemerkenswerterweise einen Titel, der auf deutsch Anhänger der Gleichheit bedeutet. Mit Ausnahme einer kennen die persischen Blätter keine Abonnenten. Der Vertrieb geschieht durch Auskäufer und den Buchhandel. Der Preis einer Nummer beträgt etwa 14 Pf.; da alles Material aus Rußland bezogen werden muß, ist das schließlich nicht zu verwundern. Das Format ist nur ein Viertel so groß wie das in Deutschland als Normalformat anzusehende, der Umfang vier Seiten. Für die ganze Zeitung wird nur ein Schriftgrad verwendet, Überschriften kennt man nicht. Der Unterrichtsminister sowie eine ganze Reihe anderer Beamten können die Zeitungen für längere Zeit oder einige Tage verbieten. Das jetzt dem Parlamente vorliegende Pressegesetz schafft eine größere Bewegungsfreiheit.

Ein Streik der Reichstagsjournalisten brach wegen Provokationen und gröblicher Beschimpfung durch Zentrumsabgeordnete aus. Der Abgeordnete Gröber ließ sich sogar zu dem Ausdruck „Saubengels“ hinreißen. Da der Präsident in einer Erklärung eher noch Stellung gegen die Zeitungsberichterstattung nahm, anstatt Gröber entschieden in die Schranken zu weisen, verließen die Vertreter sämtlicher Zeitungen den Reichstagsaal. Diese Einmütigkeit verdient eine besondere Anerkennung.

Der Kußhandel mit dem Reichsvereinsgesetz ist perfekt geworden. Für die Zustimmung der Konservativen zum Börsengesetze sind die Freisinnigen nicht nur bei dem Sprachenparagrafen über den Stod gesprungen, sondern haben auch Drängen der Konservativen auch das Verbot der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen für jugendliche Personen (unter 18 Jahre) bei der zweiten Lesung aufgenommen. Das solchermassen verschlimmerte Gesetz wurde dann mit den 16 Blockstimmen gegen die 12 Stimmen der Oppositionsparteien angenommen. Traurig!

Die Krupp'schen Pensionskassen bilden nach wie vor einen Verstoß gegen die guten Sitten für die Spruchkammer Freimersheim des Gewerbegerichts Mürs. Wie auch im „Korr.“ berichtet, haben die Landgerichte Essen und Dortmund den entgegengegesetzten Standpunkt eingenommen. Die Firma Krupp wurde in den gegen dieselbe von entlassenen oder ausgetretenen Arbeitern angeklagt. Prozesse auf Rückverstattung ihrer geleisteten Beiträge freigegeben. Das erwähnte Gewerbegericht läßt sich dadurch aber in seiner Ansicht nicht beirren (ebensowenig wie das Dortmund in Sachen der gleichen Fälle bei der Dortmund Union) und hat Krupp jetzt wieder zur Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge an 16 Arbeiter verurteilt. In der „Deutschen Industriebeamtenschaft“ lesen wir, daß früher auch schon Ingenieure von Krupp auf Herauszahlung der von ihnen zur Pensionskasse geleisteten Beiträge geklagt haben, ohne mit ihren Ansprüchen durchgedrungen zu sein. Das Kaiserliche Aufseheramt für Privatversicherung ist sich auch bewußt, daß Pensionskassen à la Krupp unzulässig und schädlich sind, denn es genehmigt nur noch solche Betriebspensionskassen, bei den Angestellten eine Rückzahlung der erfolgten Leistungen nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer gewährleisten. Es ist aber unabweisbar, daß sich eine höhere Instanz einmal mit dieser von den Gerichten — auch den Gewerbegerichten — so unterschiedlich entschiedenen Frage befaßt. Grundsätzlich stehen wir auf dem Standpunkte der Spruchkammer Freimersheim.

Daneben gehauen hat das nationale Exekutivkomitee der englischen sozialistischen Arbeiterpartei mit einem Manifest an die englischen Trade-Unions. Gegen die letztern wird darin der Einwand erhoben, es könnte mit ihnen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht erreicht werden. Deshalb wird der wirtschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter auf industrieller Basis als einleitender Schritt zu diesem letzten Ziele befürwortet. Die dies meldenden Zeitungsnachrichten sind so unklar gehalten, daß man eigentlich gar nichts damit anfangen kann. Ist der Sinn aber der, wie wir ihn im vorstehenden herausgeschält haben, dann ist diese scharfe Abfage total verfehlt.

Eine Arbeitslosenvorlage, im englischen Unterhause von der Arbeiterpartei eingebracht, ist mit 265 gegen 116 Stimmen abgelehnt worden. Der Arbeitsminister Burns war selbst gegen die Vorlage und einer seiner An-

hänger, der liberale Gewerkschafter Macdonald, bekämpfte die Vorlage mit dem Argumente, die Arbeiterpartei vertritt in ihrem Entwurfe den Grundgedanken des Rechtes auf Arbeit. Diese Stellungnahme Macdonalds scheint die Ursache zu vorstehend erwähntem Manifeste gegen die Trades-Unions zu sein. Wenn dem so ist, wäre dasselbe ebenso verfehlt, wie der Standpunkt Macdonalds und der hinter ihm stehenden Gewerkschafter verfehlt ist. In der Arbeiterbewegung herrschen häufig über weittragende Fragen die grundverschiedensten Ansichten. Wir erinnern nur an den Kampf um die Tarifgemeinschaft vor zwölf und zehn Jahren in Deutschland; damals waren wir Buchdrucker gewissermaßen Vaterlandsverräter. Das englische Unterhaus hat sich auch nur wegen des Prinzips des Rechtes auf Arbeit gegen diese Vorlage ausgesprochen, es will die Arbeitslosigkeit auf anderer Grundlage bekämpfen. Der Entwurf der Arbeiterpartei sieht die Schaffung von lokalen Arbeitslosenbehörden vor, die in erster Linie Arbeitslosgenheiten zu den an den betreffenden Orten maßgebenden Bedingungen beschaffen sollen, wenn das unmöglich, aber für den Unterhalt der Beschäftigungslosen auf Kosten der Gemeinde zu sorgen haben. Arbeitslose sollen vor Gericht gebracht und auf längstens sechs Monate zur Verrichtung anständiger Arbeit gezwungen werden. Auswanderungslustige sollen Unterstützung finden, im Streik sich befindende Firmen aber niemals mit Zuweisung von Arbeitskräften bedacht werden. Die Regierung soll für die Lokalfregierungen Kommissare ernennen lassen sowie ein Zentralkomitee errichten. Weist die amtliche Statistik mehr als 4 Proz. Arbeitslose auf, so hat die Landesregierung materiell oder auf sonstige Weise die Schäden der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Die Beschädigung von Krankenkassenkongressen auf Kassenkosten hat, nachdem unlängst das Preussische Kammergericht darin mit gutem Beispiele vorausgegangen, nun auch das Sächsische Obergericht in einer von der Ortskrankenkasse für den Stadteil Wahlen zu Krimmichau angestregten Anfechtungsklage für zulässig erklärt. Freilich ging es nicht so weit wie das Kammergericht, das derlei Aufwendungen nicht nur für Ortskrankenkassen, sondern auch für wissenschaftliche Kongresse gutheißt. Im vorliegenden Falle hatten der Stadtrat von Krimmichau und die Kreishauptmannschaft Zwickau von den Beteiligten Rückverstattung der Delegiertenkosten für die Hauptversammlung der sächsischen Ortskrankenkassen im Jahre 1906 und die 13. Jahresversammlung des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen gefordert. Diese Verfügung der Aufsichtsbehörden ist nun durch gedachtes Urteil aufgehoben worden. Durch eine solche Beschädigung würden einerseits die Interessen der Kassen gewahrt, und andererseits würden die Kassenvorstände damit den Anforderungen gerecht, „die an eine mit der Neuzeit fortschreitende Kassenverwaltung gestellt werden“. Nach diesen unterschiedlichen gerichtlichen Entscheidungen könnten nun wohl die unteren und oberen Aufsichtsbehörden auch mit der Neuzeit fortschreiten und sich Veranstandungen solcher Ausgaben der Krankenkassen sparen.

Eine Wahlfällung ging alle Instanzen bis zum Reichsgerichte durch. Aber auch dieses ließ es bei der über einen Wormser Arbeiter verhängten Strafe von zwei Wochen Gefängnis, weil er, um bei der Ortskrankenkassenwahl mit wählen zu können, sich von jemand eine Beschneidung ausstellen ließ, daß er in einem bestimmten Betriebe beschäftigt sei, obwohl er arbeitslos war.

**Briefkasten.**

D. R. S.: Wenden Sie sich an das dortige Schiedsgericht. — Ch. Th. J.: 1,55 Mk. — J. St. in Nürnberg: 3,80 Mk.

Geldsendungen für den „Korr.“ sind bis auf weiteres an Willi Krahl, Salomonstraße 8, zu richten.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 1. 13, Fernsprechamt VI, 11191.

**Elmhorn.** Der Seiger Emil Sydow aus Strausberg (33366) ist von hier ohne Buch und Legitimation abgereist. Derselbe wird aufgefordert, seine restierenden drei Beiträge an den Kassierer Ernst Krufe, Schulstraße 68, einzusenden, andernfalls Aussschlußantrag gestellt wird.

**Kempten.** Der Seiger Sebastian Reichler (Hauptbuchnummer 56757) wird hierdurch aufgefordert, den Rest seines Vorsschusses zurecht Antrittes einer Kondition im Betrage von 5 Mk. baldigst an den Kollegen Aug. Dineberg, Theaterstraße 0 58, einzusenden. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen.

**Adressenveränderungen.**

**Reichsh.** Vorsitzender: Paul Reichelt, Gartenstraße; Kassierer: Karl Metzendorf, Deitscher Straße.

**St. Ingbert.** Vorsitzender: Albert Thomas, Neuwellerstraße 31; Kassierer: Artur Blische, Neuwellerstraße 12.

**Worms.** (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: W. Scholze, Zug-ins-Land 5.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

- In Halle a. S. die Seiger 1. Paul Banse, geb. in Halle a. S. 1880, ausgel. das. 1899; 2. Bruno Styvelt, geb. in Esleben 1888, ausgel. in Halle a. S. 1906; waren noch nicht Mitglieder; 3. Paul Drieselmann, geb. in Halle a. S. 1881, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied; 4. der Drucker Hermann Andree, geb. in Halle a. S. 1879, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Merseburg die Seiger 1. Alfred Stork, geb. in Merseburg 1885, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied; 2. Paul Schumann, geb. in Merseburg 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Franz Schindelhauer in Halle a. S., Schwetfchestr. 23.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Sildesheim.** Die Herren Reichsleiterverwalter werden gebeten, den Drucker Heinrich May aus Krefeld (46705) 2 Mk. Vorsschuß abzugeben und portofrei an Ernst Behrens, Alfelder Straße 84, einzusenden.

**Verammlungskalender.**

- Ashersleben.** Bezirksversammlung Sonntag, den 5. April, in Gethstedt. Anträge sind bis zum 29. März an den Bezirksleiter einzureichen. Näheres durch Zirkular.
- Angsburg.** Versammlung Samstag, den 28. März, abends 8 Uhr.
- Bist.** Versammlung heute Dienstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße.
- Röthen.** Versammlung Mittwoch, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lep's Restaurant, Ludwigstraße.
- Leer.** Versammlung Sonnabend, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im Wapsholshotel (Mug).
- Grauden.** Versammlung Sonnabend, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gais Germania“.
- Groißsch-Vegau.** Versammlung Sonntag Sonnabend, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinlokal Erotte.

**Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.**

**Kreis IX (Schlesien).**

Der Tarifbeitrag pro 1907 wurde geleistet:  
 Von 242 Mitgliedern des G.-B. Schlesien = 48,40 Mk.  
 " 14 " " Ost- und Westpr. = 2,80 " "  
 " 56 " " Pommern = 11,20 " "  
 Sa. 62,40 Mk.

Breslau, 12. März 1908.  
 J. U.: Hugo Fiering, Gehilfenvertreter.

Am 19. März, abends 8 1/2 Uhr, wurde unser lieber und bewährter Mitarbeiter

**Conrad Eichler**

plötzlich aus seiner langjährigen Tätigkeit für unsre Organisation gerissen. Den Verlust dieses pflichttreuen Beamten, der auch als Gauvorsteher und Gehilfenvertreter in kritischen Zeiten erfolgreich wirkte, beklagen wir aufs tiefste. Was Conrad Eichler für den Verband getan, wird allezeit dankbar anerkannt und das Andenken dieses lieben Freundes von uns immerdar in hohen Ehren gehalten werden.

Berlin. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

**Tüchtiger Typographseker**

der auch im Handsatz mithelfen kann, bei guter Bezahlung sofort gesucht.

Werte Offerten unter R. 652 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Tüchtige Stempelschneider**

und Zenggraveure, die an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind, gesucht. Abdrücke selbstgefertigter Arbeiten erwünscht.

H. Berthold, A.-G., Berlin SW 29.

Maschinenmeister in dauernder Stellung für sofort gesucht. Kenntnis in der Stereotypie, des Satzapparates, des Elektromotors und der Papierverwaltung erforderlich. Werte Offerten erbeten an die Verlagsdruckerei Albin Klein, Gießen. — Stelle auch eine Ansegerin ein.

# Lüchtigen unverheirateten Schriftsetzern

die neben der deutschen Sprache die englische, die französische, die spanische oder die portugiesische Sprache in Wort und Schrift beherrschen und die möglichst im Auslande tätig waren, bietet sich nach vorheriger längerer Ausbildung bei uns Gelegenheit als:

Instrukteure in Nordamerika, Kanada, Südamerika u. Australien verwendet zu werden. Wir erbitten ausführliche schriftliche Angebote.

Typograph G. m. b. H. Seksmaschinenfabrik, Berlin NW. 87, Huttenstr. 17-20.

**Kleine Anzeigen**  
in Berlin umständlicher sofort zu verkaufen. Günstige Gelegenheit! Werte Offerten unter „Typograph 41“, Postamt 33, Berlin, erb. [648]

## Arbeitssuchende

erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 5 Stunden nach Ausgange der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Herbergen, Werkesoforten, Arbeitsnachrichten von Buchrüdern wird das Abonnement zurückvergütet.  
„Buchdrucker-Woche“  
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6. [467]

**Jüngerer Schweizerdegen** tüchtig an der Schnellpresse und im Abzählzettel, tadelloser Charakter, für jüddeutsche Industrie in dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten unter L. 681 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Durchaus tüchtigen, soliden **Dualstempelseker** in dauernde Stellung bei guter Bezahlung gesucht. [650]  
A. & W. Maurer, Stempelfabrik, Stuttgart.

**Tüchtige Stempelschneider** oder **Schriftengravierer** in dauernde, gutbezahlte Stellung nach Leipzig gesucht. Werte Offerten unter 657 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Wegen Erkrankung wird ein an Schnellschreib- und Siegeldruckpresse in allen vorkommenden Arbeiten selbständiger

**Maschinenmeister** baldigst in dauernde Stellung gesucht. [628]  
Chr. Donath, Buchdruckerei, Kiel.

**Galvanoplastiker** (Präger) sofort gesucht.  
Karl Kind jr., Vielesfeld. [488]

**Gesucht** tüchtiger **Zeuggraver** für dauernde Stellung bei guter Lohn von **Schriftgießerei Flinsch**, Frankfurt a. M. [608]

**Jüngern Notensetzer** suchen in dauernde Stellung **M. W. Hahns Erben**, Potsdam. Werte Angebote mit Lohnforderungen baldigst erbeten.

Zu sofortigen Antritt werden von mir gesucht:  
**mehrere Maschinenmeister** die im Werk, Illustrations- und Plattendruck gut bewandert sind. Werte Offerten mit Zeugnis und Gehaltsansprüchen erbeten an **George Westermann**, Braunschweig. [641]

**Filztuch** sehr englisches u. La. deutsches für Notation und Schnellpressen, La. **Holeskin** und alle anderen gangbaren Jynderbergsäge bei [267]  
**H. Andreßen & Sohn**, Hamburg.

Sofort oder später. In- oder Ausland.

**In Messinglinienfabrik, Schriftgießerei oder Gravieranstalt solcher** suche **Vertrauensposten.**

War zuletzt Abteilungs-vorsteher (Faktor) in Messinglinienfabrik. Bin gelernter Schriftgießereigraver und mit allen vorkommenden Arbeiten aufs beste vertraut. Werte Offerten unter Nr. 645 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Jüngerer, intelligenter Schriftsetzer

tüchtig in allen Sazarten, korrekt u. ordnungsliebend, flotter Stenograph, sucht dauernde Stellung. Wert Off. u. Nr. 661 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein intelligenter Junge wird als **Grabeurlehrling** zu Ostern gesucht von der **Schriftgießerei** [649]  
**C. S. Mühl**, Leipzig, Grenzstr. 7.

**MÄRZHEFT!** Beste und gediegenste Kenntnis **ALLER VORGÄNGE IM FACH** **ALLER ZIELE IN SATZ- u. DRUCKKUNST** **ALLER FORTSCHRITTE DER TECHNIK** **ALLER VORTEILE IM BETRIEBE** **ALLER HILFSQUELLEN Z. FORTKOMMEN** **BERUFLICHES WISSEN** **PRAKTISCHES KÖNNEN** **BERUFSFREUDIGKEIT**  
gibt das bestgeleitete, reichhaltigste und in allen Kulturländern verbreitete deutsche Fachblatt, der

**D. B. u. St.**  
Mit dem Aprilheft beginnt ein neuer Band. **BERLIN W. 57.** [661]  
Vierteljährlich 2 Mk.; Probeheft 1 Mk. franko.

## TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle **Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.**

Bitte höchst die Herren, welche in der Zeit vom 2. Januar 1905 bis 1. Oktober bei J. G. H. Ehauffen (Zöndern) als Faktor tätig waren, um Angabe ihrer werten Adressen, und zwar die Herren H. Falk, C. Holz, G. Eshmann und C. Schmidt. [653]  
**Otto Küster**, Hamburg 23, Rüdigerstr. 36.

# Typographische Vereinigung Leipzig.

Mittwoch, 25. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokale „Johannistal“, Hopfplatzstr. [658]

## Ausstellung unsers letzten Wettbewerbes von Stuttgarter Arbeiten.

Ferner: Beratung über Anträge zum Vertretertag des Verbandes der Typographischen Gesellschaften.  
Um zahlreiches Erscheinen der geehrten Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Anträge zur Vereinigungs-Generalversammlung sind bis zum 1. April beim Vorstand einzureichen.

**Verein Gutenberg** - Breslau, feiert Sonnabend, den 28. März, in dem Etablissement „Fürstensäle“-Morgenu (Joh. Lampner), das **40. Stiftungsfest.**

## Vorlagen

für musterzügliche Drucksachen, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, enthält regelmäßig die B.-Ausgabe der „Buchdrucker-Woche“, Berlin. Bezugspreis nur 1 Mt. pro Vierteljahr (26 Nummern). Bestellungen bei den Postämtern. [542]

**Nächste Vorlagentafel:**  
Ein Entwurf zu einer Speisefarte, ein Entwurf zu einer Weinarte von Joh. Weyerling. (Röln) bei W. Du Mont Schauberg (Röln). Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

## Der Buchdruckerstreit.

Eine lustige Komödie in 1 Aufzuge von G. Gehen. [656]  
2. verbess. Aufl. Preis 50 Pf., Porto extra. 10 Fernenvollen - leicht ausführbar.  
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Die glückliche Geburt eines **Ortsvereins** zeigt Hocherfreut an **Die Mitgliedschaft St. August.** [660]

**Anhang zum Tarife** von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie die Herausgeber entgegen.

Am 18. März schied aus unsrer Mitte unser Kollege [659]  
**Georg Eduard Kleemeyer** im Alter von 32 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Bromer Buchdruckerverein  
Bezirksverein Bremen des V. d. D. B.

**Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe**  
**H. MATHAEUS**  
Stuttgart-Gablenberg  
Empfehlen den Kollegen  
**sämtl. Fachartikel**  
und **Schmucksachen**  
zu billigen Preisen  
Katalog gratis u. franko.

**Richard Härtel**, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara verw. Härtel)  
**Kohlgrabenstrasse 43**  
liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Am 18. März verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Setzer **Hermann Nitzsche** im 63. Lebensjahre. [647]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Dresden. Die Mitglieder der Königlichen Hofbuchdruckerei.

Am 19. März verstarb unser wertiges Mitglied, der Setzer [650]  
**Franz Erdmann** aus Hamburg im 28. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.**

**Todesanzeige.**  
Am 17. März verschied nach kurzer Krankheit infolge Hirnschlages unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [642]  
**Hans Kreisel** nach vollendetem 41. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft Nürnberg.**

**Verein Leipziger Buchdrucker- u. Schriftgießergehilfen** (Gau Leipzig, V. d. D. B.)  
Am 19. März, abends 8 1/2 Uhr, verschied unerwartet nach vier-tägigem Krankenlager unser lieber Kollege

**Conrad Eichler**  
im Alter von nahezu 50 Jahren.  
Der Verstorbene war immer bestrebt, die Interessen der Kollegen-schaft in jeder Hinsicht zu fördern und zu vertreten.  
Der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen, dessen Vorsitzender der Verbliebene in den Jahren 1890-1894 und 1896-1899 war, wird ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.  
Leipzig, den 20. März 1908.  
**Der Gauvorstand.**

Am 19. März starb nach nur kurzem Krankenlager im 50. Lebens-jahre unser werter Kollege [655]  
**Conrad Eichler.**  
Durch seine Tätigkeit standen wir in engstem Verkehre mit ihm und bedauern sein schnelles Hinscheiden aufs tiefste. Sein heiteres, kollegiales Wesen bleibt uns unvergänglich. Er ruhe in Frieden!  
Leipzig. Die Kollegen der Firma Radelli & Hille.